№ 105 Abend-Ausgabe — Berlin — Dienstag, 26. Februar 1918

Vossische Zeitung

Begründet 1704

Königlich privilegirte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin. ★ Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 ★ Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800/1. 11 801. 11 802 bis 11 850, sowie 15 280. 15 281, 15 282 bis 15 2?/1.

Fortschreitende Säuberung der Ukraine

Russischer Widerstand bei Reval, Pskow und Kolenkowitschi gebrochen. — Weitere 3850 Gefangene, unübersehbare Beute.

Der Bericht des Hauptquartiers.

Meldung des Wolffschen Telegraphen-Büros.

Großes Hauptquartier, 26. Februar.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Eichhorn.

Vier Tage nach Ueberschreiten des Moon-Sundes haben gestern vormittag die auf Reval angesetzten Truppen — Radfahrer, Kavallerie und Maschinengewehrscharfschützen an der Spitze — unter Führung des Generalleutnants Frhrn. v. Seckendorff nach Kampf die Festung genommen.

In Livland haben viele Städte bei unserem Einzuge geflaggt. Zahlreiche durch Russen verhaftete Landeseinwohner wurden befreit.

Südlich von Pleskau (Pskow) stießen unsere Regimenter auf starken Widerstand. In heftigem Kampfe schlugen sie den Feind. Die Stadt wurde genommen.

Heeresgruppe Linsingen.

Feindliche Kräfte warfen sich unseren in der Ukraine längs des Pripet vordringenden Abteilungen bei Kolenkowitschi entgegen. In schneidigem Angriff wurde der Feind geworfen. Stadt und Bahnhof erstürmt.

In wenigen Tagen haben die Truppen der Heeresgruppe Linsingen zu Fuß, mit der Bahn und auf Kraftwagen unter großen Anstrengungen und Entbehrungen mehr als 300 Kilometer zurückgelegt. Am Verein mit ukrainischen Truppen haben sie große Teile des Landes von plündernden Banden befreit.

Die ukrainische Regierung hat in den vom Feinde gesäuberten Gebieten die Ruhe und Ordnung wiederhergestellt.

An Gefangenen wurden an der Ostfront neuerdings eingebracht: 3 Divisionsstäbe, 180 Offiziere und 3676 Mann. Gefangenenzahl und Beute aus Reval und Pleskau lassen sich noch nicht übersehen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludendorff.

Feindliche Vorbereitungen an der Westfront.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✻ Basel, 26. Februar.

Der „Basler Anzeiger" meldet aus Paris: Zur Verstärkung der französischen Kampffront hat das Kommissariat für die Heeresbestände 164 Truppeneinheiten aus der Etappe an die Front befohlen. Alle Angehörigen der aktiven Armee, die weniger als ein Jahr an der Front standen, sind in die Armeezone kommandiert, ebenso die Angehörigen der Reserve und des Landsturms, die dort noch nicht gedient haben.

Den „Baseler Nachrichten" zufolge, wird nunmehr aus dem britischen Hauptquartier offiziell bestätigt, daß die Ablösung der französischen Front bis südlich von St. Quentin durch die Engländer innerhalb zweier Monate in aller Form und still vor sich gegangen sei und mehrere französische Einheiten abgelöst werden konnten. Die englische Front besitzt jetzt eine Ausdehnung von über 180 Kilometer. Aus den frei werdenden mehrere Divisionen starken französischen Einheiten wurde eine besondere Stoßtruppe gebildet.

Dem gleichen Blatt zufolge besagt ein offizieller Havaskommentar aus Paris, daß an der französisch-britischen Front in den letzten Tagen hüben und drüben „Sondierungsvorstöße", die auf Offensivhandlungen hindeuten, immer ausgeprägter werden.

Ukrainische Stimmungen.

Von ukrainischer Seite wird folgendes mitgeteilt:

„Es gibt nichts Schlimmes, was keine guten Folgen hätte. Der mit Terror und Vernichtungswahn begleitete Zug der echtrussischen bolschewistischen Haufen längs der Eisenbahnlinien in der Ukraine hat die gute Folge, daß sogar die mehr föderativ und russophil gesinnten Ukrainer sich überzeugt haben, daß mit dem Russentum ein für allemal abgebrochen werden muß und daß unser ukrainischer Entwicklungsweg nur nach dem europäischen Westen gerichtet sein kann. Die russischen Bolschewisten, mit denen sich in ihrem Kampfe gegen das Ukrainertum die Mitglieder der gewesenen „Schwarzen Hundert" vereinigt haben, haben den historischen Haß der Ukrainer gegen die Russen bis zum Kulminationspunkt gesteigert und endgültig solch einen Widerwillen gegen alles Russische erweckt, daß viel Zeit notwendig sein wird, um den geschaffenen Abgrund irgendwie zu überbrücken. Eine Verbrüderung scheint beinahe ausgeschlossen zu sein, weil man den ganzen Glauben an das russische Volk verloren hat, das ganz ebenso, wie unter der Regierung der Zaren, vor der Revolution und wie unter den Regierungen des liberalen Kadetten Lwow, auch unter denen der Sozialisten Kerensti und Lenin nach der Revolution immer gegen die Ukrainer auftrat und diese verschiedenartigen offiziellen Volksvertreter in ihren ukrainophoben Handlungen und getroffenen Maßnahmen moralisch und tatsächlich unterstützte. Das haben die Ereignisse der Juli- und Oktobertage des vorigen Jahres und der Januar- und Februartage des laufenden Jahres gezeigt."

Die Erfolge des Hilfskreuzers „Wolf".

Mehrere Kriegsschiffe und 35 Handelsschiffe vernichtet oder schwer beschädigt.

Berlin, 26. Februar. (Amtlich.)

S. M. Hilfskreuzer „Wolf" hat in Durchführung der ihm übertragenen Aufgaben mindestens 35 feindliche oder für den Feind fahrende Handelsschiffe mit einem Gesamttonnengehalt von mindestens 210 000 Br.-Reg.-To. vernichtet oder so schwer beschädigt, daß ihre Wiederverwendung für längere Zeit ausgeschlossen ist. Es handelt sich vorwiegend um große wertvolle englische Dampfer, deren gleichwertiger Ersatz in absehbarer Zeit nicht möglich ist. Mehrere dieser Dampfer waren besetzte englische Truppentransporter; ihr Untergang hat entsprechende Menschenverluste zur Folge gehabt.

Ferner sind durch die Kriegsmaßnahmen des Hilfskreuzers der japanische Linienschiffskreuzer „Hanna" von 28 000 To. Wasserverdrängung und ein englischer oder japanischer Kreuzer, dessen Name nicht festgestellt werden konnte, schwer beschädigt worden.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Neue U-Boot-Erfolge.

Amtliche Meldung.

Berlin, 25. Februar.

Im Sperrgebiet um England wurden von unseren U-Booten fünf Dampfer und zwei Fischerfahrzeuge versenkt.

Zwei Dampfer wurden aus Geleitzügen herausgeschossen. Die Fischerfahrzeuge waren der englische Segelfischer „Holker" und der französische Segelfischer „Marconin".

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

* * *

St. Johns (Neufundland), 25. Februar.

Wie gemeldet wird, hat ein Dampfer 40 Ueberlebende von dem bei Cap Race gescheiterten Dampfer „Florizel" geborgen.

Trapezunt in türkischen Händen.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Konstantinopel, 24. Februar.

Das Kriegspressequartier teilt mit: Im Laufe des 24. Februar wurde auch Trapezunt vom Drucke der Räuberbanden befreit. Unsere zum Schutze ausgesandten Truppen marschierten in Kolonnen durch die Stadt und verfolgen die nach Osten flüchtenden Banden. Unsere Truppen drangen auch in die Stadt Mamachatun ein, deren größter Teil von den Banden eingeäschert ist. Die sich in der Richtung auf Erzerum zurückziehenden Banden mordeten und verbrannten in den Dörfern, die sie durchzogen, gegen 800 wehrlose Muselmanen.

Ex oriente lux?

Von

E. R. Anton,*)

Professor an der Universität Jena.

Daß sich die russische Hand zu uns herüberstreckte, ist im Dezember 1917 nicht das erste Mal gewesen. Hätten wir sie doch früher schon ergriffen, anstatt sie noch dazu durch Vorwegnahme der polnischen Lösung zurückzustoßen! Was damals der Feder entging, brachte das Schwert ihr wieder herbei: unsere militärischen Erfolge lösten die russische Revolution aus und das Manifest des Arbeiter- und Soldatenrates forderte den allgemeinen Frieden auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ohne Annexionen und Entschädigungen. Wieder aber konnte sich unsere Reichsleitung nicht zu der befreienden Tat entschließen, die den Frieden mit Rußland herbeigeführt haben würde. Da entschloß sich der Reichstag zu seiner vielumstrittenen Friedensresolution vom 19. Juli 1917, deren abfällige Aufnahme in weiten Kreisen den Tiefstand unseres politischen Denkens erklärt. Wie Georg Bernhard in ihrer in Nr. 36 der Vossischen Zeitung erzählten Geschichte überzeugend nachweist, war sie das taktische Echo auf den russischen Friedenswunsch. Der Reichstag vollführte mit ihr nicht nur keine verbrecherische, sondern eine patriotische Tat. Indem sie zur Beseitigung der Willensschwäche unserer Reichsleitung führte, mußte die Bahn zum russischen Sonderfrieden endlich frei werden. Sie wäre es geworden, wäre die Willensstärke, die auf die Willensschwäche folgte, nicht kurzsichtig gewesen. Infolgedessen waltete Herr Dr. Michaelis seines Amtes nicht lange. Die Steuerleute, die heute am Reichsruder stehen, sehen sich nun vor der doppelt schwierigen Aufgabe, das Staatsschiff durch ein nicht nur an Untiefen überreiches, sondern auch noch von ihren Vorgängern mit Minen bestreutes Fahrwasser zu lenken.

Die gefährlichste Mine ist wohl im Osten durch die vorweggenommene Lösung des polnischen Problems gelegt worden. Sie bedroht den schmalen deutschen Landstreifen zwischen der Ostsee und der künftigen Grenze des Königreichs Polen sehr viel stärker, als es vor dem Kriege das geteilte Polen zu tun vermochte. Als ein hoher Staatsbeamter Bethmannscher Prägung auf die für Danzig und Königsberg erwachsenden Gefahren der neuen Lösung hingewiesen wurde, erwiderte er: „Nun, wenn es so weit kommt, was ich nicht glaube, dann machen wir eben eine andere Politik." Keine Aeußerung beleuchtet besser als diese den Glauben des Bethmannschen Systems an die immanente Kraft der Dinge, die von selber zurecht kommen. Daß auch auswärtige Politik die Kunst des Vorhersehens ist, scheint unter jenem Kanzler, dem die Geschichte nicht ethische Größe, aber die staatsmännische absprechen wird, aus den Augen verloren worden zu sein.

Seinem gegenwärtigen Nachfolger wäre der luftleere Raum zu wünschen, von dem Herr v. Kühlmann neulich im Reichstag sprach. Wie leicht und rasch ließe sich dann ein wundervolles Friedenshaus errichten! In seinem östlichen Flügel würde es die einzige Lösung, die den Dauerfrieden verbürgte, die biographische nämlich, verkörpern, indem z. B. die kurländische Bevölkerung mit der polnischen umgesiedelt wäre, Polen hätte so den ersehnten Zugang zum Meere und West- und Ostpreußen ein deutschfreundliches Weichselgebiet zum Hinterlande bekommen, womit aller Zündstoff dort aus Welt geschafft wäre.

Graf Hertling steht weder vor luftleerem Raume noch verfügt er über den Zauberstab, mit dem er es jedem Deutschen recht machen könnte. Er konnte sein Amt nicht mit der Benefiz des Inventars antreten, muß vielmehr im Osten den Zustand vor dem Kriege, das geteilte Polen, zu dem die Entwicklung möglicherweise einmal zurückführen wird, als unwiederherstellbar voraussetzen, und nun darauf abzielen, den Gefahren, die hiermit für die angrenzenden deutschen Landesteile gegeben sind, zu begegnen, ohne zugleich die Keime neuer Kämpfe mit Rußland zu legen.

---

*) Siehe auch die Aufsätze „Frieden mit England" in der Abendausgabe vom 23. Februar und „Zurück zum Burgfrieden" in der Sonntagsausgabe vom 10. Februar.

Es handelt sich zweitens darum, das deutsch-russische Verhältnis so zu gestalten, daß der natürliche Gegensatz Rußlands zu England gestärkt und einem zentraleuropäischen Staatenbunde vorgearbeitet wird, der das dem Frieden der westlichen Erdhälfte dienende Gleichgewicht zwischen dem europäischen Festland einerseits und England und Amerika andrerseits herstellen würde.

Die Weltgeschichte wird zu dieser Organisation nicht notwendig auf geradem Wege vordringen, Rückschläge bleiben immer möglich. Deshalb ist drittens angesichts der Erstarkung der zentrifugalen Kräfte in Oesterreich-Ungarn dem vorzubeugen, daß im Falle eines Krieges zwischen Tschechen und Deutschen die Russen auf Seite der Tschechen treten und wir die Leidtragenden derartiger Entwicklungen werden.

Solche dreifache Sicherung unserer Zukunft durch den Frieden im Osten zu bewirken, ist um so schwieriger, als sich heute nicht voraussehen läßt, wer und wie beschaffen die Regierung ist, die das russische Chaos der Gegenwart überdauern wird. Der Glaube, besonders österreichischer Sozialisten, die die Maximalistische hierfür halten und in den Bolschewiki die Erretter des Menschengeschlechtes vom Militarismus und Imperialismus erblicken, ist nichts weniger als eine mathematische Gewißheit. Er wird für seine Anhänger selbst auf harte Probe durch das gestellt, was neulich ihr Gesinnungsgenosse, der russische Dichter Maxim Gorki über die Maximalisten schrieb: „Kaltblütig opfern sie Rußland im Namen ihres Traums von der Welt und der europäischen Revolution. Durch diesen wahnsinnigen Versuch wird vor allem die Arbeiterklasse zu leiden haben. Die Volkskommissare wollen die Gesetze der Vernunft nicht mehr gelten lassen, schaffen dadurch unsagbar schwere Bedingungen für die gesamte zukünftige Arbeit des Proletariats und für den ganzen Fortschritt des Landes."

Ebensowenig steht von vornherein fest, ob ein einheitliches Rußland, dem der Krieg keinen Landverlust brächte, oder ob die einzelnen Teile eines zerfallenen dauernd auf unserer Seite zu finden sein werden. Für die außerordentlich verantwortungsvolle Aufgabe, mit den Russen von heute, die schon nicht mehr die Russen von morgen zu sein brauchen, zu einem sie wie uns und deshalb für absehbare Zeit Dauer versprechenden Frieden zu gelangen, gibt es keine Lösung, von der sich mit absoluter Gewißheit vorhersagen ließe, daß sie und keine andere zu diesem Ziele führen werde. Aus den denkbaren Möglichkeiten — Selbstbestimmung der Randvölker, Annexion, Pufferstaaten, Statusquo — diejenige oder die Kombination von ihnen herauszufinden, die unseres Volkes Zukunft tatsächlich gewährleistet: das vermag nur die Intuition des großen Staatsmannes, von der blinden Taube abgesehen, die auch einmal eine Erbse findet.

Die ernsteste Stunde im Anfang des Krieges schlug für uns bei Tannenberg und der Genius Hindenburgs errettete uns. Jetzt soll im Osten über unsere Zukunft entschieden werden. Wird sich unsere Staatskunst der des Feldherrn ebenbürtig erweisen, so daß die kommenden Geschlechter den mit Litauisch-Brest einsetzenden Abschnitt unserer Geschichte mit den Worten überschreiben können: Ex oriente lux?

Revolution in Costarica. In verschiedenen Teilen Costaricas brach eine Revolution aus, die jedoch unterdrückt wurde. Die Unruhen begannen am letzten Freitag, als eine Bande unter Führung des Herausgebers der Zeitung „Imparcial", die von der Regierung unterdrückt war, bei Sinila einen Personenzug angriff. Ausschreitungen folgten in Carthago und Tarrialba, aber die Aufständischen wurden leicht zerstreut.

Die Ränke und Kämpfe in Ostasien.

Japanische Ziele.

Die „Iswestija" veröffentlichte am 13. d. M. neue Geheimakten, die sich dieses Mal auf die diplomatischen Kämpfe und Intrigen Japans in Ostasien beziehen und auf manche Vorgänge der letzten Monate ein scharfes Licht werfen. Das erste dieser Aktenstücke ist ein energischer Protest der japanischen Regierung gegen die Gewährung russischer Bergwerkskonzessionen an die Amerikaner. Ein Geheimtelegramm des russischen Botschafters in Tokio vom 20. Juli 1917 an seine Regierung besagt:

Der japanische Minister der auswärtigen Angelegenheiten hat mich um Aufklärung gebeten, inwieweit das Gerücht gerechtfertigt ist, daß die russische Regierung den Amerikanern Rechte auf Bergwerksunternehmungen im Küstengebiet und auf Sachalin gewährt habe. Vicomte Motono fügte hinzu, daß, wenn die erwähnte Nachricht den Tatsachen entspräche, dies in Japan einen sehr starken Eindruck hervorrufen würde. Indem er freilich unser Recht anerkannte, nach unserem Ermessen über die Reichtümer unserer Bergwerke zu verfügen, erwiderte der Minister jedoch, daß die japanischen Kapitalisten schon längst nach der Beteiligung an deren Ausnutzung strebten und auch jetzt noch bereit seien, zu diesem Zweck gemischte russisch-japanische Gesellschaften zu bilden. Noch während seiner Anwesenheit in Petersburg hat Vicomte Motono diese Frage aufgeworfen, aber ihm ist damals gesagt worden, daß das russische Gesetz die Beteiligung von Ausländern an Bergwerksunternehmungen in den bezeichneten Gegenden ausschließt. Wenn jetzt eine Abweichung von diesem Gesetz beabsichtigt wird, würden die Japaner als nächste Nachbarn und frühere Gesuchsteller ein bevorzugtes Recht haben, die entsprechenden Konzessionen zu erhalten. Der Minister fügte hinzu, daß, wenn derartige Verhandlungen mit den Amerikanern eingeleitet seien, die japanische Regierung höchsten Wert darauf legen würde, wenn sie von uns ohne Folgen gelassen würden.

Indem ich Ihnen die oben dargelegte Erklärung des japanischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten übermittle, halte ich es für meine Pflicht, zu bemerken, daß derartige Ansprüche der Japaner in Zukunft, wenn die Umstände sich für uns ungünstig komplizieren sollten, zu höchst gefährlichen Folgen für uns führen können, da sie gewissermaßen Anspruch auf eine japanische Einflußsphäre innerhalb unserer Grenzen schaffen. Mir würde es deshalb höchst erwünscht sein, wenn möglich, das Gerücht über die Verhandlungen mit den amerikanischen Kapitalisten widerlegen zu können.

2. Geheimtelegramm des Kommissars der provisorischen Regierung für den fernen Osten vom 29. 10. 1917. Nr. 606/3963.

Hier sind Gerüchte im Umlauf, daß Japan beabsichtigt, eine militärische Abteilung nach Wladiwostok zu entsenden, zu welchem Zweck es sich vorbereitet, Auftritte terroristischen Charakters zu provozieren. Diese Gerüchte werden durch Nachrichten aus vollkommen autoritativen Quellen bestätigt. Es ist wichtig, zu wissen, ob tatsächlich Japan den bezeichneten Entschluß gefaßt hat, da für Japan die Verwirklichung seiner Absichten auf solchem Wege äußerst leicht sein würde, weil Wladiwostok unverändert als Schauplatz der Tätigkeit des gefährlichsten politischen verdächtigen Elements gilt.

3. Geheimtelegramm des Gehilfen des russischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten an den Botschafter in Tokio vom 1. 11. 1917. Nr. 4871.

Der Kommissar für den fernen Osten telegraphiert, daß nach ihm zugegangenen Nachrichten aus vollkommen autoritativen Quellen die japanische Regierung beabsichtigt, eine militärische Abteilung nach Wladiwostok zu entsenden, zu welchem Zwecke sie sich vorbereite, Auftritte terroristischen Charakters zu provozieren. Haben Sie die Geneigtheit, dem Kommissar Ihre Auffassung von der Glaubwürdigkeit des Mitgeteilten zu telegraphieren und dem Ministerium eine Kopie Ihrer Aeußerung zu übermitteln.

4. Geheime Kopie des geheimen Berichtes des Stabes für den Militärbezirk des Amurgebietes vom 23./25. 8. 1915. Nr. 928.

Die japanische Kompagnie Mizui hat 2 Millionen Yen an die Monarchistische Gesellschaft der Anhänger der Dynastie Tsin für die Agitation zugunsten einer Wiederherstellung der monarchischen Regierungsform in China mit dem Erben der Dynastie Tsin an der Spitze überwiesen. Auf solche Weise hoffen die Japaner, unter der Flagge einer Herrschaft der Tsin aus dem selbständigen China ein zweites Korea zu machen.

Die Finanzlage der Türkei.

Drahtmeldung.

Konstantinopel, 22. Februar.

Die Kammer hat gestern die Beratung des Budgets für das nächste Jahr begonnen. Finanzminister Dschavid Bey gab eine ausführliche Darstellung des Budgets und der Finanzlage der Türkei, sowie der wirtschaftlichen Zukunftsfragen des Landes. Die Aufstellung des Budgets sei vom Geiste der Sparsamkeit geleitet, der auch weiterhin alle Handlungen der Regierung, sowie überhaupt das wirtschaftliche Leben und namentlich den Lebensmittel- und sonstigen Verbrauch werde leiten müssen. Mit den außerordentlichen militärischen Ausgaben werde das für das kommende Budget vorgesehene Defizit ungefähr 14 Millionen erreichen und im Wege von Finanzoperationen gedeckt werden müssen, über die der Minister jüngst in Deutschland unterhandelt habe. Für die ersten sechs Monate werde die Anleihe 36½ Millionen betragen, davon 4 Millionen in Mark für in Deutschland abgeschlossene Käufe, während 32½ Millionen in Konstantinopel flüssig gemacht werden in Form einer inneren Anleihe zu 5 v. H. bei einer einprozentigen Amortisierung. Das einheimische Kapital werde nach Ansicht des Ministers in der Lage sein, bis zu 40 Millionen zu zeichnen, aber Deutschland werde gleichwohl für März und April 11 Millionen vorschießen und auch den nicht gezeichneten Teil der Anleihe decken. In diesem Falle werden Noten ausgegeben, die elf Jahre nach dem Kriege in Gold rückzahlbar sind. Die Verpflichtung Deutschlands, Noten mit Fälligkeit bis zu elf Jahren nach dem Kriege schon jetzt einzulösen, zeige, wie aufrichtig es seine Verpflichtung nehme, das gesamte türkische Papiergeld in Gold einzulösen. Von der letzten Emission deutscher Schatzbonds seien hier 17 Millionen zum größten Teil in Banken untergebracht worden. Die Ausgaben des laufenden Jahres betragen bis jetzt 128 Millionen Pfund, die gesamten Kriegsausgaben einschließlich der in Deutschland gekauften Kriegsgeräte und militärischen Erfordernisse ungefähr 230 Millionen, die zusammen mit 155 Millionen Pfund Schulden vor dem Kriege die gesamte Schuld der Türkei auf etwa 888 Millionen Pfund erhöhen. Die bisher aufgenommenen Anleihen betragen in Deutschland 200 Millionen, bei österreich-ungarischen Banken 10 Millionen, doch stellen sich die durch Deutschland tatsächlich gezahlten Summen auf 70 Millionen Pfund. Die Genügsamkeit des türkischen Volkes gebe der Türkei das Recht, zu hoffen, daß nach dem Kriege die Abwicklung der Deutschland geschuldeten Summen leicht und vorteilhaft vor sich gehen werde. Die Türkei hat, fuhr der Minister fort, während des ganzen Krieges die Kupons der alten Schulden ungeschmälert weiter ausbezahlt, und zwar nicht nur an Besitzer in den verbündeten, sondern auch in den feindlichen Ländern, für deren Rechnung ungefähr 8 Millionen Pfund in der Osmanischen Bank hinterlegt sind. Wir haben damit, während andere ihre Schulden einfach für nichtig erklärten, einen Beweis unserer Treue gegenüber eingegangenen Verpflichtungen gegeben. In Besprechung der wirtschaftlichen Tätigkeit der Türkei nach dem Kriege sagte der Minister, die Regierung habe beschlossen, die Beteiligung fremden Kapitals an den großen industriellen und Bergbauunternehmungen, am Bau von Eisenbahnen und Häfen, sowie an anderen öffentlichen Arbeiten zu fördern.

Die österreichische Berggesetznovelle. Die österreichische Regierung hat gestern neuerlich im Abgeordnetenhause den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung des allgemeinen Berggesetzes eingebracht. Durch die neue Berggesetznovelle soll das Recht der Aufsuchung und Gewinnung von Kohle dem Staate vorbehalten werden, dem es überlassen bleibt, dieses Recht auf Zeit und Entgelt an andere Personen zu übertragen.

Dem Andenken von Hedwig Lachmann.

Von

Auguste Hauschner.

Am Sonntag morgen, während wir alle, die wir sie von ganzem Herzen liebten, der gewohnten Richtung unseres Tages nachgegangen sind, wurde Hedwig Lachmann, in der Mitte ihres Lebens von jäher Krankheit hingerafft, in dem kleinen Schwabenstädtchen Krumbach in die Erde eingebettet. Sie kehrte zu der Natur zurück, der sie zu tiefst verwurzelt war, in der sie stand wie eine Pflanze, die sich vom Ursprünglichen nährt und aus ihm Duft und Eigenart entfaltet. Der Reiz, der von ihr ausging, läßt sich nicht beschreiben, er konnte nur empfunden werden. Wohl war sie äußerlich voll Anmut, mit der mädchenhaft zierlichen Gestalt, dem zarten, jugendfrischen, fein geschnittenen Gesicht, unter dem Scheitel der vorzeitig ergrauten Haare, doch ihre größte Schönheit kam ihr aus dem Geist, der aus den ernsten grauen Augen strahlte. Eine Beseelte war sie, reich an inneren Schätzen und doch so scheu sie preiszugeben, daß ihr oft der Ausdruck auf den Lippen stockte. Doch ihre Schweigsamkeit war der Keimgrund eingender Gedanken. Sich nie an die Alltäglichkeit verschwendend, konnte Begeisterung an Großem oder Widerwillen vor Gemeinem ihr die Sprache in Entzücken oder Abscheu zünden, daß sie aufloderte wie ein Fanal. Und was ihr Mund verschloß, das offenbarten ihre Taten. Es scheint fast unkeusch, die Wunden ihrer nächsten Hinterbliebenen zu berühren. Man muß von den Worten wissen, die Gustav Landauer über Ehe und Familie schrieb und sagte, um etwas von den Mächten zu erraten, die ihn mit dieser Frau zusammenführten. Irdisches und Himmlisches, zweier Gemüter gleiche Sehnsucht, zweier Geistigkeiten gemeinschaftliches Ziel. Sie war die stille Herdflamme für den aus Lebensstürmen Heimkommenden, sie war die verstehende Gefährtin, die unermüdet den steilen Weg des Abseitigen mit ihm ging. Und sie war die Selbstlose, die Mütterliche, die ihre Kinder niemals aus dem Schoß der Liebe löste, sie immer mit der Wärme ihres Blutes umfing.

Und wie sie lebte, hat sie auch gedichtet. Priesterlich, in Verantwortung vor höchsten Dingen. Ihre Uebertragung der Salome von Oscar Wilde hat ihren Namen durch die Welt getragen. Sie hat dem Vielgeschmähten, den Blick immer nur auf den Wesenskern gerichtet, in einer tiefschürfenden Monographie ein Denkmal aufgerichtet. Sie hat Jens Peter Jacobsen, Verlaine, Swinburne, Rosetti, Poe in sich aufgenommen und wie ein Eigenes zurückerstattet. Aber am reinsten enthüllte ihre Art sich in den Gedichten, die wie die Perle in der Muschelschale, langsam in ihr reiften und die sie fremder Kenntnis lange vorenthielt. Sie sind immer aus seelischer Erschütterung gewachsen, persönlichste Bekenntnisse und doch meist Unpersönlichem gewidmet: der Andacht zur Natur, dem Allmenschlichen und seinen Nöten, der Last, der Willkür und Gewalt, die den Armen und Enterbten niederdrücken. Unsagbares hat diese Liebende der Menschheit durch den Krieg gelitten. Sie, die sich eins mit dem Erschaffenen wußte, die in jeder Kreatur den Willen Gottes ehrte, sah ihr Herz durchbohrt von jeder Grausamkeit, mit der die Nationen sich zerfleischen. Aus dem Umkreis ihres Glücks ist sie gerissen, aus dem Aufstieg ihres künstlerischen Schaffens; aus der Enttäuschung einer Hoffnung, die von einer Völkermorgenröte träumte, von einem Sieg der Liebe und Gerechtigkeit. Ihr Weltbild, das Ideal, für das sie glühte, hat Hedwig Lachmann in einer Dichtung hinterlassen, das nun wie ein Schwanengesang zu uns herüberklingt:

Mit den Besiegten.

Preist Ihr den Heldenlauf der Sieger, schmückt
Sie mit dem Ruhmeskranz, Euch dran zu weiden —
Ich will indessen, in den Staub gebückt,
Erniedrigung mit den Besiegten leiden.

Geringstes Volk! verpönt, geschmäht, verheert
Und bis zur Knechtschaft in die Knie gezwungen —
Du bist vor jedem stolzeren mir wert,
Als wär' mit dir ich einem Stamm entsprungen!

Heiß brennt mich Scham, wenn das Triumphgebrüll
Dem Feinde Fall und Untergang verkündet,
Wenn über der Zerstörung tost Applaus
Und wilder noch die Machtgier sich entzündet.

Weit lieber doch besiegt sein, als verführt
Von eitlem Glanz — und wenn auch am Verschmachten,
Und ob man gleich den Fuß im Nacken spürt —
Den Sieger und das Siegerglück verachten!

Das diesjährige Schinkelfest des Architektenvereins zu Berlin, auf dem die Preisträger im Schinkel-Wettbewerb 1918 bekanntgegeben werden, findet am 13. März, abends 7 Uhr, im großen Saale des Künstlerhauses, Bellevuestraße 3, statt. Den Festvortrag hält Prof. de Thierry über „Weltgeschichte und Seehäfen".

Literarische Notizen. Die große goldene Medaille für Kunst und Wissenschaft am Bande des Kronenordens wurde Auguste Supper verliehen.

Ludwig Meidner.

Ausstellung im Salon Cassirer.

Breughel, Callot und Hogarth, „das Luder", nennt einmal dieser Maler als die Großen der Vergangenheit, die ihm zumeist „in den Schädel gefahren" sind. Zu kurios, daß unsere Modernsten, Extremsten sich so mit Vorliebe auf würdige alte Herren der Historie berufen, um ihre Veitstänze damit zu sanktionieren! Besteht da wirklich ein regler, zwingender Zusammenhang? Man sollte einmal Meister und Jünger in gemeinschaftlichem Saale zusammenhängen, um, was sie eint und trennt, klar zu überschauen. Dann würde man wohl sehen, daß, was in den Schädel gefahren ist, noch lange nicht in den Augen und in den Fingerspitzen sitzt. Die Hirne sind wohl entbrannt und verwirrt worden, aber die Durchbildung des Sehvermögens, die Ehrenfestigkeit des Handwerks sind leider nicht gleichzeitig mitüberliefert worden.

Dieser Ludwig Meidner, für den sich Paul Cassirers Kunstsalon, etwas unerwartet, einsetzt, ist offenbar ein in Andacht stillvergnügtes Menschenkind, dem es mit seinen Verzwickthheiten und Verrücktheiten ungeheuer ernst ist. Freilich sollte er mit vierunddreißig Jahren über die schlimmsten Kinderkrankheiten von Ekstase schon hinaus sein (Goethe wollte bekanntlich alle „Schwärmer" schon mit dem dreißigsten Jahre ans Kreuz schlagen — doch in unserer Zeiten Unverwunft und Erregung muß man bei geistigen Erkrankungen schon etwas länger Geduld haben. Aber ob man einen verzückten und gläubigen Sektierer jemals bekehren wird? Er hat sich sein eigenes Himmelreich zurechtphantasiert, findet seine Ausgesperrtheit und Enterbtheit, über die er anfangs klagte, mit der Zeit wunderbar schön und unvertauschbar und fühlt sich als Prediger in der Wüste. Was wird er lernen wollen von denen, die er „überwunden" zu haben glaubt? Wenn er wie ein tollender Derwisch mit blutigem Messer sich die eigenen Rippen zerfetzt, wird er immer noch wähnen, ohnmächtig zurücksinkend, den anderen, den Verhaßten voll lachenden Uebermuts auf der Nase herumzutanzen.

Wie die ganze Schule, innerhalb der er steht, verwirft Meidner alle beruhigte Naturanschauung. Die Landschaften, die er malt, sind stets wie von einem Naturereignis heimgesucht. Kometen sausen nieder, Feuersbrünste krachen, Häuser biegen sich und fallen um, Finsternisse brechen herein und Windsbräute schnauben einher. Alles wackelt, rast, explodiert — weshalb man für diese Schule, die den Expressionismus übertrumpft, den bezeichnenden Namen „Explosionismus" geprägt hat. Und ebenso erregt, im Innersten aufgescheucht sind die Menschen. Aus stieren vorquellenden Augen blicken sie, halb verängstigt, halb märtyrerhaft entzückt in die Welt, der Schädel ist ihnen zu einem schiefen Wasser-

Die Stimmung unter den rumänischen Truppen.

Allgemeiner Ruf nach Frieden.

Aus dem Felde wird uns geschrieben: Die Kämpfe der rumänischen gegen die russischen Truppen scheinen den Beweis dafür zu liefern, daß die Moral der rumänischen Armee noch ungebrochen, die Truppe fest in der Hand der Führung ist und daß die rumänischen Regimenter von dem beispiellosen Zersetzungsprozeß in den russischen Verbänden unberührt geblieben sind. Das schien um so verwunderlicher, als an der rumänischen Front bis vor kurzem die Verbände stark durcheinandergemischt waren, die rumänischen Soldaten mit den russischen in den vordersten Stellungen sowohl wie in den Quartieren hinter der Front ununterbrochen in Berührung kamen und die maximalistischen russischen Soldaten es an agitatorischer Einwirkung nicht fehlen ließen. In Wirklichkeit aber ist die Wirkung dieser Agitation nicht ausgeblieben. Aus Unterhaltungen mit rumänischen Soldaten (nicht Ueberläufern, sondern solchen, die in ihrer Front stehen), zu denen es während des Waffenstillstandes an Gelegenheit nicht gefehlt hat, ist zu entnehmen, daß der bolschewistische Geist auch in der rumänischen Truppe Wurzel gefaßt hat und sich stark verbreitet. Auf die Aeußerungen eines einzelnen wäre nicht viel Gewicht zu legen; aber wenn man von den rumänischen Soldaten immer wieder die gleichen Redewendungen hört, dann muß doch wohl etwas dran sein. Wenn die starke Unzufriedenheit dort nicht zu offenem Ausbruch kommt, dann liegt das anscheinend daran, daß die rumänischen Soldaten aus der Tatsache des lange dauernden Waffenstillstandes den Schluß ziehen, daß zwischen den Mittelmächten und Rumänien über kurz oder lang Frieden geschlossen werden wird, ohne daß es zu einer Wiedereröffnung der Feindseligkeiten kommt. Frieden wollen die rumänischen Soldaten, Frieden um jeden Preis. Und sie versichern immer wieder, daß sie — wenn ein Friedensschluß jetzt nicht erfolgen sollte — das Beispiel der russischen Soldaten nachahmen und das Ende des Krieges selbst herbeiführen würden. Die lebhaftesten Klagen führen die rumänischen Soldaten gegen ihre Offiziere. Es ist bekannt, daß schon im Frieden in der rumänischen Armee Mißhandlungen das gebräuchlichste Ausbildungs- und Disziplinierungsmittel gewesen ist. Damit ist es im Kriege noch schlimmer geworden, und das Kapitel der rohen Mißhandlungen durch die Offiziere und Unteroffiziere war immer wieder das von den rumänischen Soldaten in den Unterhaltungen am ausführlichsten behandelte. Mit der Verpflegung scheint es auch nicht am besten bestellt zu sein. Der Soldat erhält täglich 600 Gramm Brot (stark mit Maismehl gemischt), dreimal in der Woche Fleisch. Getränke und Tabak werden überhaupt nicht verabreicht.

Erheiternd war es, zu erfahren, auf welche Weise auf die Mannschaft eingewirkt wird, um dem allerdings überhand nehmenden Ueberlaufen zu steuern. Es wird den Leuten erzählt, daß die Deutschen und Oesterreicher derart unter Hungersnot leiden, daß sie ihre eigenen Kinder schlachten; die Kriegsgefangenen selbstverständlich erst recht. M. R.

Das österreichische Budget.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

Wien, 25. Februar.

Der Beschluß der Sozialdemokraten, für das Budgetprovisorium, aber gegen die Kriegskredite zu stimmen, wird in parlamentarischen Kreisen lebhaft erörtert. Es herrscht kein Zweifel mehr, daß das Budgetprovisorium mit sicherer Mehrheit, bestehend aus allen Deutschen und den Ukrainern angenommen werden wird, daß aber für die §§ 2 und 3 derzeit keine Mehrheit zustande gebracht werden kann. Es verlautet, daß die Regierung diese beiden Paragraphen in einer besonderen Vorlage einbringen will, so daß vorerst nur das nackte Budgetprovisorium zur Annahme kommen wird. Auf diese Weise würde die Regierung Zeit gewinnen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß später für die neu einzubringende Vorlage eine Mehrheit zustande gebracht werden kann, da in den in Betracht kommenden sechs Milliarden Kronen hauptsächlich die Mittel für die durch den Krieg verursachten Ausgaben enthalten sind. Infolgedessen wird die Lage heute bedeutend günstiger als bisher beurteilt.

Man glaubt, daß die Niederlage, die dem Polenklub auf parlamentarischem Boden bevorsteht, auf seine künftige Haltung nicht ohne Rückwirkung bleiben wird.

Politische Tagesnachrichten.

Der Kaiser an die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft. Auf den Huldigungsgruß, welchen die Deutsche Landwirtschafts-Gesellschaft gelegentlich ihrer 81. Hauptversammlung an den Kaiser abgesandt hat, ist ihr folgende Antwort geworden: „Der treue Gruß der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft hat Mich erfreut und Mir von neuem die Ueberzeugung gegeben, daß ich Mich in Meinem Vertrauen auf die Leistungsfähigkeit des deutschen Landmanns, die Spannkraft und die Opferwilligkeit des deutschen Landmanns nicht täuschen werde. Armee und Marine haben Gewaltiges getan, das deutsche Schwert hat den Frieden vorbereitet, deutscher Fleiß und deutsche Ausdauer werden uns einer gesegneten Zukunft zuführen. Vorwärts geschaut, auf Gott vertraut, Mein Dank begleitet Ihre Arbeit. Wilhelm I. R."

Der 70. Geburtstag des Königs von Württemberg wurde, wie aus Stuttgart gemeldet wird, in aller Stille gefeiert. Zur Feier war der Thronfolger Generalfeldmarschall Herzog von Württemberg, ferner Herzog Ulrich von Württemberg aus dem Felde und außerdem der Erbprinz von Württemberg am Königshofe eingetroffen. Die Stadt war reich geflaggt. Am Sonntag vormittags fand Festgottesdienst statt, nachmittags wurden dem König von den Jugendorganisationen Huldigungen dargebracht. Als der König mit der Königin vor dem Palast erschien, brach das Publikum in lang andauernde Hochrufe aus. Der König hat zwei Gnadenerlasse verfügt. Der erste betrifft die Niederschlagung von Strafverfahren gegen die Kriegsteilnehmer, in einem zweiten allgemeinen Gnadenerlaß werden den Kriegsteilnehmern diejenigen Strafen erlassen, die gegen sie vor ihrer Entlassung aus dem Heere bis zum heutigen Tage durch Strafverfolgung eines württembergischen Zivilgerichts erkannt worden sind.

Der württembergische Kriegsminister v. Marchtaler wurde aus Anlaß des Geburtstages des Königs Wilhelm zum Generalobersten befördert. — Seit mehr als zehn Jahren steht Kriegsminister v. Marchtaler an der Spitze des württembergischen Kriegsministeriums. Er ist 1854 geboren und trat 1869 in die württembergische Armee ein. Beim 122. Infanterie-Regiment begann er seine militärische Laufbahn und machte bei diesem auch den Feldzug von 1870/71 mit.

Personalnachrichten. Dem bayerischen Kriegsminister Generalleutnant v. Hellingrath ist der Stern zum Roten Adlerorden 2. Klasse mit der Krone und Schwertern verliehen worden.

Der Reichstagsabgeordnete Geh. Justizrat Dr. Ablaß wurde zum Stadtverordnetenvorsteher von Hirschberg gewählt. Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher von Hirschberg, Oberlehrer Studienrat Dr. Dreesbach, ist gestern gestorben.

Reichsgerichtsrat Dr. Philippi, der dem zweiten Zivilsenat des Reichsgerichts angehörte, scheidet am 28. Februar aus dem Reichsdienst und tritt in den hamburgischen Justizdienst zurück. Er ist zum Senatspräsidenten am Hanseatischen Oberlandesgericht ernannt worden. An seine Stelle tritt Landgerichtsdirektor Dr. Schaps aus Hamburg in den zweiten Zivilsenat des Reichsgerichts als Reichsgerichtsrat ein.

Hilfstätigkeit für Palästina. Nach den letzten Nachrichten herrscht im Norden Palästina, in den Städten Safed, Tiberias, Haifa, in den dort gelegenen jüdischen Kolonien außerordentliche Not, besonders unter den Familien, die aus dem südlichen Teil Palästinas hierher evakuiert sind. Das Zentral-Hilfskomitee in Damaskus verlangt vom Hilfswerk für Palästina, besonders mit Rücksicht auf die schlechte Jahreszeit, dringendst ausgiebige Hilfe. Das Hilfswerk für Palästina ist in der Lage, diese mit Unterstützung der in Betracht kommenden Reichsbehörde zu vermitteln und richtet daher insbesondere an das deutsche Judentum die herzliche Bitte um ausgiebige Hilfe. Einzelspenden und Sammelergebnisse sind abzuführen an das „Hilfswerk für Palästina", Berlin W 15, Sächsische Str. 8, Postscheckkonto Berlin 4192.

Die Anwalts-Gebühren.

Von unserem juristischen Mitarbeiter.

Man macht sich außerhalb der Kreise der deutschen Anwaltschaft noch immer keine rechte Vorstellung von der Größe ihres Notstandes. Eine annähernde Vorstellung erhält man vielleicht, wenn man aus dem letzten Bericht der Hilfskasse für deutsche Rechtsanwälte die Größe der Aufwendungen sich vergegenwärtigt, zu denen sie genötigt war. Sie hat während der drei Kriegsjahre annähernd anderthalb Millionen an Anwälte an Unterstützungsgeldern ausgeben müssen. Sie wäre zu diesen Leistungen nicht imstande gewesen, wenn nicht ihrem Kriegsfonds an außerordentlichen Beiträgen über 448 000 M. zugeflossen wären, aber auch diese sind bereits vollständig erschöpft. Dabei kann gar kein Zweifel daran sein, daß die Notlage nicht etwa mit dem Friedensschluß ihr Ende findet. Sehr viele Anwälte werden durch den Krieg so zurückgebracht worden sein, daß sie auch noch in den ersten Friedensjahren auf Unterstützung angewiesen sind.

Gerade zur rechten Zeit veröffentlicht Justizrat Zelter in Stettin eine Denkschrift „Ueber den wirtschaftlichen Niedergang der deutschen Anwaltschaft und seine Ursachen" (Berlin, bei M. Möser), die ein außerordentlich beweiskräftiges Material zusammenträgt und erläutert. Er legt dar, daß die Anwaltschaft sich schon vor dem Krieg im wirtschaftlichen Niedergang befand, daß aber eine Ueberfüllung nur in einzelnen Bezirken bestand und keineswegs die hauptsächliche Ursache der Einkommensminderung des ganzen Standes war. Mit Recht hebt er hervor, wie wenig der Allgemeinheit bekannt ist, ein wie geringer Teil des Gebühreneinkommens wirklich dem Anwalt verbleibt. „Ich glaube, weder dem Parlament, noch einem Richter ist bekannt, daß der Anwalt 1. Instanz von den Gebührensummen des bürgerlichen Rechtsstreites schon 1911 nur 50 v. H. als Einkommen behielt, daß seine Arbeitsstunde in dieser Tätigkeit sich mit 2 bis 3 M. bezahlt macht, während ein geübter Bürovorsteher in der Großstadt nicht viel weniger erhält." Zelter begnügt sich aber nicht mit dieser Feststellung, er zeigt auch weiter die Gründe des Niederganges, und macht beispielsweise auf die Einschränkung der anwaltlichen Tätigkeit zum Teil durch die Gesetzgebung, zum Teil durch Einziehungsinstitute, die sich mit dem Namen der Gemeinnützigkeit schmücken u. dgl. aufmerksam. Er geht auch nicht an dem allgemein innerpolitischen Grund für die Minderbewertung des Anwaltsstandes vorüber, den er darin sieht, daß seit dem Umschwung zu Ende der 70er Jahre „die wirtschaftspolitische Lage als Hauptmaßstab für den Wert eines Standes und Berufes angesehen wurde, und daß die Stände deren wirtschaftspolitische Bedeutung nur zweiter Ordnung ist, wenn auch ihre geistige und staatspolitische Bedeutung nicht verkannt wird, nach der Lage bewertet werden und darunter in ihrem Kampf für ihre eigenen wirtschaftlichen Interessen leiden müssen".

Wenn Zelter zu dem Schlusse kommt, daß von allen Mitteln der Abhilfe nur eines wirklich helfen könnte, nämlich die Erhöhung der Gebühren, so tritt ihm darin kein Geringerer als der frühere bayerische Justizminister Dr. von Miltner bei. In einem Aufsatz der „Juristischen Wochenschrift" nimmt er unzweideutig zu der Notlage der Anwaltschaft Stellung. Dabei führt er über die Gebühren folgendes aus:

„Der Gesetzgeber mußte der Anwaltschaft angemessene Daseinsbedingungen gewährleisten. In Anerkennung dieser Verpflichtung hat er das Gesetz über die Anwaltsgebühren erlassen. Dabei ist er so verfahren, daß er den Anwaltstand, einen freien Beruf, an feste Sätze band, die nicht überschritten werden dürfen. Wenigstens in aller Regel nicht. Er hat also den Anwaltstand auf das hieraus sich ergebende Einkommen angewiesen. Selbstverständlich hat er die einzelnen Sätze der Gebührenordnung den damaligen Zeitverhältnissen angepaßt. Daß er dabei die Anwälte allzu reichlich bedacht habe, hat noch niemand behauptet. Nun aber ist noch beinahe 40 Jahren offenkundig geworden, daß die Grundlage jener Gebührenbewegung sich zu ungunsten der Anwälte geändert habe. Die Tatsache ist unbestreitbar, und die Folgerung aus ihr ist zwingend."

Diese Folgerung zieht dann Miltner auch daher, daß nicht nur im Interesse des Anwaltstandes, sondern auch des gesamten öffentlichen Lebens eine Erhöhung der Gebühren unumgänglich notwendig ist. Wenn er dabei der Auffassung Ausdruck gibt, daß diese Verpflichtung auch in Regierungskreisen anerkannt werde, so wird die Tagung des Reichstages vielleicht zeigen, ob diese Hoffnung begründet ist oder nicht.

---

kopf ausgeschwellt, das Kinn schlottert spitz und kraftlos herunter, die Ohren sind verdrehte und knollige Gewächse, wirr fegen die Haare umher — und so starren sie aus blassen eingesunkenen Gesichtern, über große runde Brillengläser hinweg, uns eulenhaft an, man weiß nicht, ob von Vorwürfen gemartert oder von krankhaften Hochgefühlen berauscht. Höchst bezeichnend sind ihre Hände: dürrfingerig und mit Gichtknoten an den Knöcheln, dabei von geschwollenen Adern überlaufen, liegen sie wie Pranken übereinander, so recht zur Schau gestellte asketische Gewächse. Wo existiert diese Menschheit? Irgendwo in Konventikelchen und abseitigen Kaffeehäusern, im fahlen Licht halbdunkler Hofstübchen, wo man unaufhörlich die Welt von neuem gründet und schwelenden Messiasträumen nachhängt. Enterbte, Verlotterte, Verstoßene — aber Zukunftsgläubige, vielleicht die Bolschewiki von übermorgen..

Doch nun das eigentlich Malerische. Da es an Natureindrücke sich nicht bindet, so hat es mannigfache Freiheiten. Uebergänge in den Farben sind nicht mehr beliebt. Die Kontraste werden schroff, in schlagenden Lichtern und Schatten, nebeneinandergerückt. Hierdurch bekommen zumal die Gesichter etwas Grell-Maskenhaftes; wie als fiele ein schneidendes Licht darauf, das sie in zackige Hälften zerreißt: etwa graugelb die eine und rot oder braun die andere, und daraus runden sich dann, wie eingesetzte Steine, blau und weiß, die übergroßen Augen. Diese Gliederung der Farben in bizarr abgegrenzte Massen bringt naturgemäß gewisse ornamentale Werte hervor, die den Bildern einen leicht überschbaren koloristischen Aufbau geben und mitunter des gefühlten Reizes nicht ermangeln. Die Anordnung der Gegensätze kommt auch den Landschaften zugute, etwa wenn auf dem Bilde „Cholera" ein dunkelblauer Himmel bewegt über hellbeleuchteten Häuserreihen ruht und darunter in sich bäumenden Umrissen die bunten Menschenmassen zusammengedrängt sind. Soviel man vom Standpunkte des Geschmacks und im Wunsche nach ruhiger Abgewogenheit sich anders wünschen mag, so sehr man die letzte und entscheidende Durchbildung vermißt, so ist doch in aller Jähheit und Ungezügeltheit ein nicht gewöhnliches zeichnerisches Können unverkennbar, wodurch diese Bilder über manche andere gleicher und verwandter Richtung hinausragen. An Talent fehlt es hier also nicht, auch nicht an Einfällen oder an Temperament oder gar an Phantasie, wohl aber an Selbstzucht, an Geradheit, Einfachheit, Gesundheit. Aber vielleicht sind das altväterische Tugenden, über die jene Explosionisten und Prediger des Chaos vornehm und überlegen lächeln? Schade nur, daß sie uns mit dem, was sie dafür einsetzen wollen, so wenig zu überzeugen vermögen!

Franz Servaes.

Sophie Menter, die berühmte Pianistin, über deren Hinscheiden wir heute früh berichtet haben, ist die Tochter des Violoncellisten Joseph Menter, der Mitglied der Hofkapelle in München war und durch ausgedehnte Konzertreisen sich einen Namen gemacht hatte. Sie erhielt ihren Anfangsunterricht bei Fr. Riegl (München), kam dann zu Tausig, zu Bülow und schließlich zu Liszt. Im Jahre 1872 verheiratete sie sich mit dem berühmten Violoncellisten David Popper, von dem sie im Jahre 1886 wieder geschieden wurde. 1883 bis 87 war die Meister Lehrerin am Konservatorium zu Petersburg. Nach der Petersburger Zeit kehrte sie in ihre Heimat zurück, wo sie in Stockdorf bei München lebte. Ihr Klavierspiel zeichnete sich durch Sauberkeit und Eleganz der Technik und durch gehaltene Leidenschaftlichkeit aus. In mäßigem Umfange hat sie sich auch als Komponistin betätigt. So sind ihre „Zigeunerweisen" für Klavier mit Orchesterbegleitung bekannt geworden.

Ein Kundgebung der deutschen Künstlerschaft, die eine Vertretung im preußischen Herrenhause wünscht, wird am 10. März im Sitzungssaale des Abgeordnetenhauses zu Berlin stattfinden. Den Hauptvortrag wird der preußische Landtagsabgeordnete Dr. Kaufmann halten, darauf werden Ansprachen je eines Vertreters der bildenden Kunst, der Musik, der Literatur und des Theaters folgen, die durchweg hervorheben werden, daß der preußischen Künstlerschaft als dem Träger eines kulturell und wirtschaftlich für das Volksleben unermeßlich bedeutenden Elementes das Recht einer Standesvertretung unmöglich verweigert werden darf. Die Kundgebung ist ein Werk des etwa seit Jahresfrist wirkenden Deutschen Ausschusses für Kunst, den Willy O. Dreßler ins Leben gerufen hat.

Aus den Theatern. In den Kammerspielen wird diesen Sonnabend die Tanz-Matinee unter Mitwirkung von Lillebill Christensen, Katia Sterna und Ernst Matray wiederholt.

Die Wohltätigkeitsvorstellung im Deutschen Theater, am Sonnabend, beginnt um 2 Uhr.

Aus Hamburg schreibt unser Berichterstatter: Nach dem neuen Vertrag, den der Senat mit der Stadttheater-Gesellschaft abgeschlossen hat, ist Dr. Hans Loewenfeld nicht mehr Pächter des Theaters, sondern leitet es im Auftrage der Stadttheater-Gesellschaft. Der Staat gibt eine Beihilfe von jährlich 150 000 Mark und verpflichtet sich, nach Ablauf jedes der drei nächsten Spieljahre den Fehlbetrag bis zur Höchstgrenze von 250 000 Mark zu decken.

Die Ausgabe der Abonnementskarten für den Monat März 1918 zu 25 Vorstellungen im Königl. Opernhaus und 26 Vorstellungen im Königl. Schauspielhaus findet am 27. und 28. dieses Monats von 9¼ bis 1 Uhr in der Königlichen Theater-Hauptkasse gegen Vorzeigung des Abonnementsvertrages statt, und zwar am 27. d. M. für den 1. Rang, das Parkett und den 2. Rang des Königlichen Opernhauses und am 28. d. M. für den 3. Rang des Königlichen Opernhauses und für alle Platzgattungen des Königlichen Schauspielhauses.

Vortragsabende. Annie Ernst vom Theater in der Königgrätzer Straße trägt im Meistersaal am 27. Februar, abends 7½ Uhr, Dichtungen von Goethe, Herder, Heine, Grimm, Mörike, Stucken und andere vor.

Am 2. März 1918, abends 8 Uhr, wird im Ausstellungssaal Paul Cassirer, Viktoriastraße 35, Walter Hasenclevers Drama „Antigone" lesen.

Französischer Bericht.

Bericht der amerikanischen Armee in Frankreich vom 25. Februar. Eine amerikanische Patrouille drang in Verbindung mit einer französischen Patrouille unter französischem Befehl am Sonnabend morgen im Chemin des Dames-Abschnitt einige hundert Yards in die deutschen Linien ein, wobei zwei Offiziere, 20 Mann gefangen und erbeutete ein Maschinengewehr. Starke Artillerietätigkeit herrscht seit einigen Tagen im amerikanischen Frontabschnitt nordwestlich von Toul, wo der Feind seine Artillerie verstärkte.

Ein tschechischer Hetzer im Priesterkleid

Zu den abstoßendsten Begleiterscheinungen des nationalen Paroxysmus, der zurzeit die Tschechen erfaßt hat, gehören die Hetzreden des agrarischen Reichsratsabgeordneten Pater Zahradnik, die von der katholischen Presse deutscher Zunge scharf gerügt werden. Eine Probe der Hetzereien, wie dieser Politiker im Priestergewande sie betreibt, finden wir in einem Berichte der „Reichs-Ztg." über eine Rede P. Zahradniks in einer Wählerversammlung in dem Städtchen Wottitz, worin er u. a. sagt:

„Bauern, halt Ihr Getreide, so sorgt zuerst für Euch und Eure Verwandten, und kommt ein Kommissionär, so weist ihm die Tür. Fort mit der Regierung, fort mit dem Huyn, Fürstenberg, Thun, Salm u. dgl. Sie alle sind sehr klein gegen uns. Wir wollen den reinen tschechischen Staat! Und noch eins: Die Deutschen, die im Wahlkreis unter uns leben, warne ich, uns zu provozieren. Kein deutsches Wort darf hier gesprochen, keine deutschen Zeitungen gelesen werden. Im Feber fällt die Entscheidung! Sollten sie darin doch fortfahren, werde ich zu schwach sein, um dem gerechten Zorn des Tschechenvolkes Einhalt gebieten zu können; dann wird Blut fließen... Und sollten meine hierarchischen (geistlichen) Vorgesetzten es wagen, mir in die Arme zu fallen, dann werfe ich ihnen mein geistliches Gewand vor die Füße..."

Wenn Priester so zum Volke sprechen, ist es nicht verwunderlich, wenn dieses immer mehr Maß und Besinnung verliert und einem blindwütigen Fanatismus verfällt, und ebenso wenig verwunderlich, wenn es die vorgeschriebenen Getreideablieferungen systematisch verweigert, die einzutreiben die Behörden leider den Mut oder den guten Willen nicht haben.

Beginn der Etatsberatung im Reichstage.

Auf den Sturm der Leidenschaften, der sich zum Schluß der gestrigen Sitzung erhob, ließ heute der Reichsschatzsekretär Graf Roedern das beruhigende Oel einer mit Zahlen reich gespickten Budgetrede folgen. Der junge, schlanke, mit diplomatischer Sorgfalt gekleidete Beamte hielt sich auf Beruf und Neigung im engsten Bezirk seiner Fachpflicht. Das Haus, soweit es versammelt war — man sah viele leere Bänke — hörte die Mitteilungen, die ihm nichts Neues boten, mit interesselosem Wohlgefallen, das der sympathischen Vortragsart des Redners galt. Vorausgegangen waren die üblichen Dienstagsanfragen.

Gegen 2 Uhr begann die eigentliche Debatte, die der rheinische Zentrumsführer Trimborn einleitete. Wie zu erwarten, gab dieser Redner, den Graf Hertling auf dem Wege zur Tribüne zurück mit parteifreundlichem Händedruck begrüßte, die restlose Zustimmung zur äußeren Politik der Regierung kund.

* * *

Die heutige Sitzung des Reichstages wurde um 1 Uhr 15 eröffnet. Auf der Tagesordnung stehen zunächst eine Reihe kleiner Anfragen. Die erste, gestellt vom Abg. Alpers, betrifft den Sitz des Reichsausschusses für den Wiederaufbau der Handelsflotte und wünscht die Verlegung von Berlin nach einer der Hansastädte. Im Namen der Reichsleitung erwidert Unterstaatssekretär v. Joncquières, daß die Aufgaben des Reichsausschusses leiden würden, wenn er nicht den Sitz in Berlin hätte, wo er ständig in Fühlung mit den Reichsbehörden sein kann.

Die zweite Anfrage, gestellt vom Abg. Bärwinkel, wünscht möglichste Vermeidung eidesstattlicher Versicherungen bei der Anmeldung von Schwerstarbeitern durch die Arbeitgeber bei den Kommunalverbänden. Da die Ermittelungen der Behörden über die Angelegenheit noch schweben, wird die Anfrage zurückgestellt.

Abg. Heckscher stellt eine Anfrage über die Behandlung der deutschen Zivilgefangenen in den Konzentrationslagern in England und den britischen Kolonien.

Ein Vertreter des Auswärtigen Amtes erklärt, daß allen Fällen, in denen widerrechtliche Behandlung der Zivilgefangenen behauptet wurde, nachgegangen worden ist und das Erforderliche mit Nachdruck der englischen Regierung vorgestellt wurde. Im Frühjahr und Sommer vorigen Jahres sind zahlreiche Klagen über die Behandlung und Verpflegung in englischen Konzentrationslagern eingegangen. Deutscherseits wurden entsprechende Schritte unternommen und die letzten Berichte der Schweizer Delegierten zeigen, daß mit Erfolg Abhilfe erlangt worden ist. Indessen sind noch nicht alle Klagen verstummt und noch kürzlich haben Zivilinternierte, die nach Deutschland zurückgebracht worden sind, Zeichen von Unterernährung gezeigt.

Weiter ist die deutsche Regierung bemüht, den unbemittelten Internierten Zusatznahrungsmittel durch die Neutralen zukommen zu lassen. Was die Verhältnisse in den überseeischen britischen Besitzungen anbelangt, so scheinen sie, namentlich in Südafrika, eine gewisse Besserung aufzuweisen. Im Lager von Pietermaritzburg sind im vorigen Jahre infolge der dortigen schlechten Verhältnisse Unruhen entstanden.

Es wurde eine Untersuchung eingeleitet und einige Verbesserungen erzielt. Starken Grund zu Klagen geben noch immer die Verhältnisse im Konzentrationslager von Ahmednagar in Indien. Die Behandlung der dortigen Gefangenen bedeutet eine durch nichts gerechtfertigte Grausamkeit. Es wurde wiederholt nachdrücklichst die Räumung dieser Lager verlangt, die jetzt aber nur mit geringem Erfolge. Einige leitende Personen wurden nach Möglichkeit in die sogenannten Bergstationen gebracht, die ein gesünderes Klima aufweisen.

Die deutsche Regierung ist weiterhin entschlossen, die möglichste Befreiung aller internierten Zivilgefangenen zu erreichen. Und die gegenwärtig zwischen Groß-Britannien und den Niederlanden ausgeführten Austauschtransporte legen dafür Zeugnis ab. Bisher sind im ganzen 1600 Deutsche aus England in den Niederlanden untergebracht worden.

Der niederländischen Regierung und dem niederländischen Volk gebührt auch von dieser Stelle aus der tiefgefühlte Dank. Ein weiterer Austausch von Zivilpersonen wird angestrebt, ebenso die Heimbeförderung von Internierten aus den überseeischen Gebieten Englands, die dort festgehalten werden. Diesbezügliche Anregungen sind deutscherseits gegeben worden. Eine Antwort liegt jedoch noch nicht vor.

Eine weitere Anfrage, gestellt vom Abg. Bartschat, betrifft Erschwerung des Seeverkehrs zwischen den Ostseehäfen. Ein Regierungskommissar erklärt, daß eine Nachprüfung der vorgebrachten Beschwerden eintreten soll.

Schließlich sprach Abg. Geyer wegen der Verhängung der Vorzensur über die „Leipziger Volkszeitung" und einige andere Zeitungen. Unterstaatssekretär Dr. Lewald erklärt, daß die Vorzensur nur in bestimmten Fällen, auch dann immer nur auf einige Zeit, verhängt worden sei.

Graf Roederns Etatsrede.

Sodann wird in die Debatte über den Etat eingetreten. Als erster Redner ergreift der Reichsschatzsekretär Graf Roedern das Wort.

Er führte aus: Da ich mich heute nur mit dem laufenden Etat zu beschäftigen habe, in dem die Mittel für die Kriegskosten nicht angefordert werden, kann ich mich sehr kurz fassen. Der ordentliche Haushalt balanziert mit 7 332 699 306 M. gegenüber 4 941 876 060 Mark im Vorjahre, weist also eine Steigerung um 2 390 823 246 M. auf. Bei der letztjährigen Etatsbewilligung war zum Ausgleich neben den laufenden neuen Steuern durch den 20prozentigen Zuschlag zur Kriegssteuer eine einmalige Einnahme bewilligt worden, die wir damals auf etwa 450 bis 500 Millionen Mark veranschlagt haben. Sie hat aber etwa das Doppelte dieses Betrages ergeben. (Hört! Hört!)

Die Tatsache, daß es sich hierbei um eine einmalige Einnahme handelt, die in diesem Jahre wieder zu schaffen sein wir, führt uns zu dem Betrage, der in diesem Jahre zum Ausgleich der gestiegenen Ausgaben erforderlich sein wird und der in Kapitel 17 mit 2 Milliarden 875 Millionen Mark angegeben ist.

Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagt der Staatssekretär: Das neugegründete Reichswirtschaftsamt steht vor Aufgaben der allergrößten Tragweite. In Verbindung mit meinem Ressort und in engster Verbindung mit den einzelnen Wirtschaftszweigen wird es in der Uebergangszeit am Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft an erster Stelle mitzuarbeiten haben. Bei den Betriebsverwaltungen, insbesondere bei der Post, hatten wir schon im vorigen Jahre mit einer erheblichen Vermehrung der mittleren und Unterbeamtenstellen vorgehen müssen. In diesem Jahre ist die Zahl der neuen Stellen etwas geringer. Bei den Reichseisenbahnen findet eine vermehrte Aufbesserung und Ergänzung des Fuhrparkes statt.

Ueber den Betrag, der in den letzten beiden Kriegsjahren bewilligten Kriegssteuern habe ich schon im Dezember gesprochen, und ich kann heute hinzufügen, daß der Ertrag der sogenannten Kriegsgewinnsteuer mit Zuschlag voraussichtlich 5½ Milliarden Mark überschreiten wird, sowie daß die Kohlensteuer weiter in der letzten Zeit annähernd 70 Millionen Mark im Monat gebracht hat und daß die Zigarettensteuer den gegen den Voranschlag niedrigen Ertrag der Warenumsatzsteuer reichlich aufwiegt. Wenn wir, sagt der Staatssekretär, wie ich hoffe, aus dem Kriege ohne ungedeckte Fehlbeträge der Kriegsjahre herausgehen werden, so ist das auf die beiden Bewilligungen der letzten Jahre zurückzuführen. (Beifall.)

*

Nach dem Staatssekretär ergreift als erster Debatteredner der Zentrumsabg. Trimborn das Wort. Ihm werden Scheidemann, Dr. Wiemer, Dr. v. Heydebrand (an Stelle des zunächst aufgestellten Grafen Westarp) und Dr. Stresemann folgen.

Wir glauben annehmen zu können, daß der Vizekanzler die Unterstützung des Zentrums erhalten wird. Der Abg. Trimborn wird sich kaum mit jeder Wendung der Payerschen Rede, wohl aber mit ihrer ganzen Richtung einverstanden erklären. Auch Dr. Stresemann dürfte für die Nationalliberalen wenigstens in dem wichtigsten Punkt, der Wahlrechtsfrage, dem Vizekanzler zustimmen, allerdings nicht in verschiedenen anderen Punkten.

* * *

Petitionen an den Reichstag. Die Zahl der Bittschriften an den Reichstag ist andauernd außerordentlich groß. Nach dem neuesten Verzeichnis sind wieder eine Reihe von Gesuchen eingegangen, welche um den Abschluß eines Friedens bitten, der den militärischen Erfolgen entspricht und militärisch und wirtschaftlich die Lebensnotwendigkeiten Deutschlands sichert, andere Gesuche verlangen, daß der obersten Heeresleitung ein maßgebender Einfluß bei dem Abschluß von Friedensverhandlungen gewährt wird. Einzelne Bittschriften betreffen Vorschläge zu einer internationalen Verständigung, Errichtung einer Wehrgemeinschaft mit Staatsverfassung, Schaffung eines europäisch-asiatischen Staatenbundes usw. Andere Wünsche beziehen sich auf die Erhöhung der Renten oder Gewährung von Teurungszulagen an die Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern. Eine Frau aus Westpreußen überschätzt die Macht des Reichstages ganz gewaltig, wenn sie von ihm die Beförderung ihres Mannes zum Gefreiten erhofft. In größerer Zahl liegen Beschwerden vor über die Stillegung von Betrieben. Eine kritische Frage regt der Vorstand des Deutschen Anwaltvereins zu Leipzig an, indem er eine Aenderung des § 341 der Militärstrafgerichtsordnung dahingehend beantragt, daß alle deutschen bei einem bürgerlichen Gericht zugelassenen Rechtsanwälte auch die Befugnis zur Verteidigung vor den Militärgerichten erhalten.

Dem Abgeordnetenhaus ist ein Antrag Braun und Genossen zugegangen: Den Herrn Präsidenten zu ersuchen, gemeinsam mit der Königlichen Staatsregierung tunlichst schon nach zehnjähriger Dienstzeit eine feste Anstellung der Hilfsbediensteten des Hauses in die Wege zu leiten.

Eine mexikanische Abordnung in Tokio.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

z Bern, 25. Februar.

Unter Führung des ehemaligen mexikanischen Generalkonsuls von New York Juan T. Burns ist eine mexikanische Abordnung in Tokio angelangt, die die Aufgabe hat, ein engeres Verhältnis zwischen Japan und Mexiko vertraglich festzulegen und gleichzeitig größere Munitionsankäufe für die mexikanische Armee zu vollziehen. Bisher hatte Japan sich veranlaßt gesehen, alle von ihm erzeugte Munition Rußland zur Verfügung zu stellen. Nun, da dieser Abnehmer nicht mehr vorhanden ist, kommen die mexikanischen Bedürfnisse der japanischen Munitionsindustrie sehr gelegen. Der mexikanischen Mission gehören außerdem noch folgende Persönlichkeiten an: General Bouchez, der frühere Direktor der mexikanischen Militärakademie und des Amtes für Beschaffung von Heeresbedarf; Frugo, seinerzeit Generalstabschef der mexikanischen Armee unter dem Präsidenten Diaz; Blanco, der Sekretär der mexikanischen Gesandtschaft in Tokio.

Der mexikanische Generalkonsul Juan T. Burns mußte seine Stellung in New York aufgeben, da er von den amerikanischen Behörden wegen angeblicher Paßunregelmäßigkeiten in Anklagezustand versetzt wurde.

Burns wird, wie wir hören, nach Erledigung seiner Mission in Tokio als Generalkonsul nach Hamburg kommen.

Die Entente beschlagnahmt die rumänischen Guthaben.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

✱ Basel, 25. Februar.

Wie die „Morning Post" meldet, sind zur Sicherstellung der Kreditvorschüsse der Alliierten an Rumänien die rumänischen Guthaben in England, Frankreich und Italien beschlagnahmt worden. Die Kriegsvorschüsse an Rumänien von annähernd 9 Milliarden Lei sind hierdurch zu etwa einem Drittel gedeckt.

Der Wiener Generalstabsbericht meldet: Westlich der Brenta scheiterte ein Vorstoß der Italiener.

Der japanische Kreuzer „Kasuga", der vor längerer Zeit bei Bankstraits strandete, ist, wie die niederländische Presseagentur aus Batavia meldet, endgültig als verloren zu betrachten.

Die 4-Millionen-Hilfe für die Vororte. Der Sonderausschuß des Brandenburgischen Provinzial-Landtages, an den die Vorlage über die Bewilligung einer Jahresbeihilfe von 4 Millionen Mark für leistungsschwache Berliner Vororte überwiesen worden war, hat seine Beratungen beendet und schlägt dem Provinziallandtag die Annahme der Vorlage vor. Er beantragt ferner, daß über die Verteilung und Verwendung dieser Summe ein besonderer Provinzialausschuß von 12 Mitgliedern bestimmen soll. Der Verteilung ist das Verhältnis der Einwohnerzahl zu dem Provinzialsteuersoll zugrunde zu legen. Abweichungen von diesem Verteilungsmaßstabe sind aus wichtigen Gründen zulässig. Ferner beantragt der Sonderausschuß die Annahme einer Entschließung, worin der Provinziallandtag zum Ausdruck bringt, daß die Annahme dieses Provinzialstatuts in der Erwartung geschieht, daß für den Fall des Erlasses eines Staatsgesetzes über den Ausgleich der Armen- oder Schullasten für das gesamte Gebiet der Monarchie die Provinz Brandenburg als einheitlicher Lastenträger behandelt wird. Die öffentliche Behandlung der Vorlage soll in der morgigen Sitzung des Provinziallandtages stattfinden.

Der Eindruck der Kanzlerreden.

Weltfrieden und Burgfrieden.

Die Debatte, die heute früh in der deutschen Presse entstanden ist, nimmt wohl das meiste von dem vorweg, was in den nächsten Tagen im Reichstag gesagt werden wird. Besonders charakteristisch ist dabei, daß sich die Kritik der äußeren Politik der Regierung auf mehr oder weniger allgemeine Wendungen beschränkt, während das vertraute Feld der inneren Streitfragen mit liebevollem Behagen gepflegt wird. Bei den Blättern der Rechten zeigt sich dabei das Bestreben, den Grafen Hertling auf Kosten Payers entweder zu loben oder wenigstens minder tadelnswert zu finden. Die Absicht ist klar. Aber sie wird nichts an der Tatsache ändern, daß die beiden Reden des gestrigen Abends eine Einheit darstellen, eine wohlerwogene Kundgebung der Regierung nach innen und außen.

Im einzelnen lohnt es sich kaum, die Entrüstungsergüsse der „Deutschen Zeitung", der „Deutschen Tageszeitung", der „Post", der „Kreuzzeitung", der „Täglichen Rundschau", der „Berliner Neuesten Nachrichten" wiederzugeben. Ihr Ton ist aufs höchste gereizt, und der einzige Unterschied ist der, daß die milderen von einer Entgleisung und Ungeschicklichkeit reden, die schärferen von einer bewußten Brüskierung, von verletzender Absicht, von einer unerhörten Herausforderung, auf die „die verdiente Antwort von der Tribüne des Reichstages und aus dem Volk heraus" erfolgen müsse. Einen gewissen Humor bringt immerhin die „Deutsche Tagesztg." auf, die schreibt: „Wenn das Wesen der Staatskunst darin besteht, möglichst große Mengen Porzellan in möglichst kurzer Zeit der Verfassung zuzuführen, die moderne Dienstboten als seine natürliche Zweckbestimmung anzusehen scheinen, dann hat Herr v. Payer gestern nicht nur einen „kleinen" Befähigungsnachweis, sondern gleich ein Meisterstück als Staatsmann geliefert." Solche Liebenswürdigkeiten wirken fast versöhnend, gemessen an dem Ton, den die „Deutsche Zeitung" anschlägt. Gleich drei Artikel feuert das alldeutsche Blatt gegen den Vizekanzler ab, einen schärfer als den andern. Unter anderem fragt das Blatt: „War der Mann von Sinnen? Wollte er unseren Feinden helfen? Der Gedanke ist so furchtbar, daß uns ein Entsetzen erfaßt. Wenn er es nicht wollte, dann hat er seine Unfähigkeit zum Staatsmann so vollkommen bewiesen, daß er keine Stunde mehr im Amt bleiben dürfte."

Die Tendenz solcher Darlegungen verraten die „Berliner Neuesten Nachrichten", die schreiben: „Wenn Herr von Payer der vertrauenswürdigste Diplomat der Linken ist, wie steht es dann vollends um die „Regierungsfähigkeit" der Uebrigen?"

Auf der linken Seite findet sich im allgemeinen eine weniger zugespitzte Beurteilung. Der „Vorwärts" findet sich mit der Ostpolitik der Regierung ab und lobt die Annäherung an Wilson. Nicht die Sorge um Deutschlands Zukunft als Staat, sondern die Sorge um die Zukunft Europas lege den Wunsch nahe, es möge so bald als möglich eine Fühlungnahme zwischen den beiden Streitteilen eintreten. Die „Entrüstung der Junker" über die Rede Payers sei deshalb so groß gewesen, weil man ihnen angedroht habe, sie mit anderen gleich zu stellen.

Die „Berliner Morgenpost" spricht von einem schönen Tag der deutschen Volksvertretung und rühmt ebenso die staatsmännische Weisheit Hertlings, wie die staatsmännische Gerechtigkeit Payers. „Ein von ohnmächtiger Wut erfülltes Häuflein ohnmächtiger Eigenbrötler, das ist die Gegnerschaft der Regierung." Die „Berliner Börsenzeitung", die auf nationalliberalem Boden steht, sagt:

> „Den ganzen Ausführungen, die Herr v. Payer machte, kann man nicht gerecht werden, wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß hier ein Beamter gesprochen habe, wie wir sie bisher im Reichstage vom Regierungstisch ausschließlich zu hören gewohnt waren. Herr v. Payer hat gesprochen als ein parlamentarischer Minister, als der Vertreter der Mehrheitsparteien im Deutschen Reichstage. Hätte er das nicht getan, dann würde er nicht nur seine Natur, sondern auch den Zweck seiner Ernennung verleugnet haben. Seine Aufgabe besteht in dem Zusammenhalten dieser Mehrheit. Fällt sie auseinander, dann wird Herr v. Payer gewiß der erste sein, auch für seine Person die Konsequenzen zu ziehen."

Sachlich könne man sich mit dem, was Payer ausgeführt habe, in jeder Beziehung einverstanden erklären. Er habe auch recht, wenn er erkläre, daß die hetzerische Tätigkeit mancher Persönlichkeiten auf der äußersten Rechten ebenso niedrig zu hängen sei, wie die armseligen Worte, die Dittmann auf fünf Jahre in die Festung gebracht haben. Aufs deutlichste habe Payer es abgelehnt, daß irgendwie nach dem Willen einer Minderheit" regiert werde. „Das hat ihm wohl auch tatsächlich vor allem den Zorn der Konservativen eingetragen, die bisher gewohnt gewesen sind, obwohl sie Minderheit waren, das Königreich Preußen und von diesem aus das Deutsche Reich zu regieren."

Das „Berliner Tageblatt" begrüßt es als ein gutes Vorzeichen, daß Payers Auftreten sich unter dem zornigen Lärm der Rechten vollzog.

Die „Germania" äußert sich staatsmännisch abgewogen und kommt zu folgenden Schlüssen über den Wert parlamentarischer Minister:

> „Herr von Payer hatte sich selbst als Minister der parlamentarischen Verständigung eingeführt und dabei geäußert, man müsse abwarten, wie sich dieses System bewähre, doch hoffe er, es werde einiges davon in die Friedenszeit hinübergerettet. Auch wir halten das für wünschenswert und sehen keinen Fehler darin, wenngleich der heutige Tag hat erkennen lassen, daß „parlamentarische Minister" bei der Uebersiedlung auf die Bundesratsbank die parteipolitische Gegnerschaft nicht ganz in den Fraktionsbänken verschwinden sehen. Auch der Beamtenminister findet ja seine Widerstände, und wenn diese anderer Art sind, so darf sich der aus dem Parteileben herausgewachsene Minister dafür auf der anderen Seite bei seinen alten Freunden um so fester verankert fühlen."

In der richtigen Mischung parlamentarischer und bürokratischer Minister findet das Zentrumsblatt die richtige Lösung.

Die „Nordd. Allg. Ztg." gibt eine Beschreibung der Hertlingschen Rede und nimmt den Vizekanzler gegen die Angriffe von rechts in Schutz:

> „Herr v. Payer hat ohne Frage mit seiner Rede ein Schulbeispiel für die parlamentarische Einleitung einer allgemeinen Aussprache über die innere Politik gegeben; er hat eine Grundlage für diese Aussprache geschaffen, indem er die Stellung der Regierung auch zu den heißest umstrittenen Fragen darlegte und, soweit dies im Bereiche der Möglichkeit lag, Ausblicke auf die Pläne der Reichsleitung in der Behandlung der gesetzgeberischen Probleme der Gegenwart und der nächsten Zukunft eröffnete. Dabei zeichneten sich seine Ausführungen über die Frage der preußischen Wahlrechtsreform in gleichem Maße durch einen versöhnlich wirkenden politischen Takt wie durch zuversichtlichen Optimismus aus."

Die Kundgebungen des Mißfallens auf der Rechten seien eigentlich gar nichts so Außergewöhnliches. Sie entsprechen dem „Wesen des Parlamentarismus in konstitutionellen Staaten wie in Republiken, und man werde sich damit abzufinden haben, solange es Parlamente und Minister gebe."

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortlich für die Anzeigen: Karl Radloff, Berlin.
Druck und Verlag: Ullstein & Co., Berlin.

Heizung und Warmwasser.

Von
Kommerzienrat Georg Haberland.

Der Bericht über die Hausbesitzerversammlung zur Regelung des Zentralheizungswesens („Vossische Zeitung", 12. Februar Morgenausgabe) hat wegen seiner Ueberschrift „65 v. H. Mietserhöhung" zu Mißverständnissen Veranlassung gegeben.

Die Tatsachen sind folgende:

Die Unterhaltungs- und Ausbesserungskosten der Häuser sind auf das Drei- bis Vierfache gestiegen. Der Preis des Kokes beträgt mit den Nebenkosten heute beinahe 4 M. pro Zentner, während der Friedenspreis zwischen 1,10 und 1,50 M. schwankte. Die Kosten der Heizung und der Warmwasserbereitung wurden in Berlin früher mit 10 v. H. der Miete berechnet; heute betragen sie trotz der amtlich erzwungenen Einschränkung der Heizung und Warmwasserbereitung 30 v. H. der Miete und bei Friedens-Koksbelieferung würden sie sich natürlich entsprechend höher stellen.

Diese Verhältnisse gefährden die wirtschaftliche Lebensfähigkeit vieler Hausbesitzer, die meist dem Mittelstande angehören und oft den größten Teil ihres Vermögens im Hause angelegt haben. Daß die Hausbesitzerverbände zur Erhaltung des Hausbesitzes bestrebt sind, hier Wandel zu schaffen, ist durchaus begreiflich und muß auch von der Allgemeinheit gebilligt werden.

Abhilfe ist möglich entweder dadurch, daß der Kokspreis herabgesetzt wird, oder dadurch, daß die Mieten soweit erhöht werden, als es die veränderten wirtschaftlichen Grundlagen bedingen. Das letztere kann der Hausbesitzer natürlich nur in den Fällen durchführen, in denen die Verträge ablaufen. Es widerspricht aber der Billigkeit, daß er auch bei den bestehenden Verträgen die Folgen der ungewöhnlichen Erhöhung der Kokspreise allein auf sich nehmen muß. Jeder Arbeiter und jeder kleine Beamte muß für seine mit Ofenheizung versehene Wohnung die erhöhten Kosten des Heizstoffes selbst tragen. Die wohlhabende Bevölkerung dagegen, die in Sammelheizungshäusern wohnt, wälzt auf Grund der bestehenden Verträge diese Last auf die Hausbesitzer ab.

Sollen die Hausbesitzer nicht zugrunde gehen, so müssen auch die Mieter an den erhöhten Kosten des Heizstoffes mittragen. Da, wo Verträge auf Grund der Friedensverhältnisse bestehen, müssen die Hausbesitzer eine entsprechende Erhöhung für die erhöhten Selbstkosten der Heizung verlangen können. Die Mietseinigungsämter und Schiedsstellen haben darüber zu wachen, daß die Erhöhung in angemessenen Grenzen bleibt und der Mieter müßte, wenn er sich dieser Erhöhung nicht fügen will oder kann, mit sechsmonatiger Frist das Mietsverhältnis aufzulösen berechtigt sein. Für die Zukunft wird man die Wohnungsmiete von der Vergütung für Heizung und Warmwasser völlig trennen müssen.

Bei einer Neubau-Tätigkeit zwingt die große Steigerung der Baukosten zu wesentlicher Mietserhöhung. Die Baukosten sind jetzt etwa 150 v. H. höher als im Frieden. Nimmt man an, daß sie nach einiger Zeit nur noch um 50 v. H. höher sein werden, als vor dem Kriege, und bleiben die Kokspreise auf der jetzigen Höhe, so ist ein neues Haus mit Sammelheizung und Warmwasserbereitung nach fachmännischer Berechnung wirtschaftlich nicht eher herzustellen, als bis die Mieten um 65 v. H. höher sind als vor dem Kriege.

Darauf hinzuweisen, habe ich für meine Pflicht gehalten. Denn wenn überhaupt die Möglichkeit, Wohnungen mit Sammelheizung und Warmwasserversorgung zu errichten, nach dem Kriege bestehen bleiben soll, dann müssen die Kosten des Heizstoffes wesentlich niedriger sein als jetzt. Ist das nicht erreichbar, so werden die Mieter auf diese Bequemlichkeiten verzichten müssen.

Der frühere Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern Dr. Richter, der bis vor Kurzem der Führer der deutschen Regierungsvertreter bei den wirtschaftlichen Verhandlungen mit Oesterreich-Ungarn gewesen ist, ist in den Vorstand des Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen Wirtschaftsverbandes eingetreten.

Ein Zweckverband im Osten von Berlin. Die Gemeinden Treptow, Niederschöneweide, Johannisthal, Adlershof, Grünau, Altglienicke, Bohnsdorf, Rudow, Schönefeld, Waltersdorf, Schulzendorf, Schmöckwitz, Eichwalde, Müggelheim mit den Gutsbezirken Grünau—Dahmer Forst, Waltersdorf und Schulzendorf haben einen Zweckverband gegründet und die Satzungen, welche vom Kreisausschuß genehmigt sind, veröffentlicht. Er ist zunächst gebildet worden, um für einen etwaigen Fehlbetrag im Vermögen der dort errichteten Allgemeinen Ortskrankenkasse einzutreten. Die Verwaltung wird in Adlershof geführt. Ein Kanalisationsverband besteht schon.

Frauenforderungen zur Groß-Berliner Verwaltungsreform. In der Charlottenburger Ortsgruppe für Frauenstimmrecht betrachtete Dr. Cora Berliner die Zersplitterung Groß-Berlins in ihren Einflüssen auf die Verwaltungsabteilungen, die den Frauen besonders am Herzen liegen. Als grundsätzliche Forderung wünschte sie die Vereinheitlichung der Verwaltungskörper und begründete die Forderung durch Beispiele aus dem Wohnungswesen, der Armenverwaltung, des Arbeitsnachweises, der Kriegswohlfahrtspflege und der Lebensmittelversorgung. Dr. Kuczinsky habe ausgerechnet, daß etwa 20 000 Ehefrauen, die jetzt keine eigene Wohnung haben, ferner etwa 20 000 Bräute, die sofort nach Friedensschluß heiraten wollen, und dazu der natürliche Zuwachs von 30—40 000 Familien sofort nach dem Kriege Wohnungen brauchen werden. Für diesen Mehrbedarf von mindestens 50- bis 60 000 Wohnungen in Groß-Berlin wird in keiner Weise vorgearbeitet. Es müsse wie ein Hohn erscheinen, daß man die heimkehrenden Krieger mit Keller- und Dachwohnungen, die bisher verboten waren, empfangen wolle. Ein einheitliches Groß-Berlin kann und muß da vorbauen. Für die Uebergangszeit muß ein einheitlicher Groß-Berliner Arbeitsnachweis gefordert werden. In der Lebensmittelversorgung ist ein Zusammenschluß aller Gemeinden auch für die Uebergangszeit von allergrößter Wichtigkeit, um einem weiteren Preissteigen durch den Wettbewerb der einzelnen Gemeinden vorzubeugen. Der freiwillige Zusammenschluß einzelner Gemeinden reicht nicht aus. Hier würde nur eine Einrichtung helfen, die aus Vertretern der Groß-Berliner Bevölkerung besteht und sich selbst ihren Aufgabenkreis bestimmt.

Kleine Mitteilungen. Der preußische Hof legt auf Anlaß des Ablebens des Großherzogs von Mecklenburg-Strelitz Hoftrauer auf zwei Wochen bis einschließlich 10. März an.

Der Lichtenberger erste Gemeindeschöffe Proße wurde heute früh in seinem Schlafzimmer tot aufgefunden. Das Unglück ist durch eine undichte Gasleitung zu erklären. In den letzten Kriegsjahren hat sich Proße, ein ehemaliger Gymnasiallehrer, besonders durch die Vertretung des überlasteten Bürgermeisters Dr. Sporleder verdient gemacht.

Dem Hofjuwelier Eugen Marcus ist das Verdienstkreuz für Kriegshilfe und der Lippische Leopold-Orden 3. Klasse verliehen worden. — Lyzealdirektor Dr. Wilhelm Böhm erhielt die Rote-Kreuz-Medaille.

Von Einbrechern geknebelt. In der vergangenen Nacht überfielen vier bis sechs Räuber den Wächter des Speichers der „Berliner Speditions- und Lagerhaus-A.-G." vormals Barth u. Co., am Schlesischen Güterbahnhof; er wurde niedergeschlagen und geknebelt. Hierauf holten die Räuber zwei Pferde und einen Wagen aus dem Stalle und erbrachen den Güterboden. Sie raubten einige Ballen Tuch und 62 Stück blauen Leinenstoffes. Der Rollwagen wurde heute früh in Lichtenberg leer aufgefunden. Der Wächter wurde schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht.

Wetteraussichten für Berlin und Umgegend: Etwas wärmer, zeitweise heiter, jedoch vorherrschend wolkig mit wiederholten leichten Regenfällen.

Kunst, Wissenschaft, Literatur.

Der Kaiser als Stifter für den wissenschaftlichen Kunstschatz in Belgien. Nachdem die deutsche Oberste Heeresleitung seit dem Vormarsch der deutschen Armeen alles getan hat, um in den besetzten Gebieten auf technischem Wege die Kunstschätze und Kunstdenkmäler zu sammeln und vor der Vernichtung zu sichern, geht jetzt die deutsche Kunstwissenschaft unter Mitwirkung der deutschen Regierung daran, den großen Kunstreichtum in den besetzten Gebieten zu verzeichnen und im Lichtbild festzuhalten, um ihn für später der allgemeinen Kunstforschung zu erschließen und zugänglich zu machen. Durch die Stiftung eines württembergischen Kunstfreundes des Geh. Hofrats Louis Laiblin, in Höhe von 20 000 Mark, war im Sommer 1917 der Grundstock zu den Kosten gebildet worden. Dieser Betrag aber konnte nur für den Anfang genügen. In hochherziger Weise hat sich deshalb der Kaiser der vollen Ausdehnung des Unternehmens angenommen und dessen Fortsetzung durch eine Stiftung bis zu 25 000 M. gewährleistet. An der Spitze des Ausschusses steht der Vorsitzende des Denkmalrates der Rheinprovinz, Geh. Regierungsrat Professor Dr. Clemen.

Preisausschreiben der Schleiermacher-Stiftung. Das Kuratorium der Schleiermacher-Stiftung hat für die an der Universität Berlin Theologie Studierenden folgende Preisaufgabe ausgeschrieben: „Schleiermachers Gedanken über die religiöse Erziehung und ihre Bedeutung für die Gegenwart." Der Preis beträgt 900 M.

Hochschulnachrichten. In Gießen wurde eine „Gießener Hochschulgesellschaft" gegründet, die Mittel schaffen soll zur Erweiterung der Universität und ihrer Einrichtungen. Bis jetzt ist ein Kapital von 367 000 M. vorhanden; ferner etwa 7000 M. laufende Beiträge; in Aussicht stehen weiter größere Beiträge sowie zwei Stiftungen.

Prof. Dr. H. v. Arnim, Ordinarius der klassischen Philologie an der Universität Frankfurt, hält gegenwärtig in Wien, wo er früher jahrelang gewirkt, eine Reihe von Vorträgen über „Plato als Erzieher zum Staat."

Landgerichtsdirektor Aron in Straßburg wurde zum Honorarprofessor der Straßburger Universität ernannt.

In Düsseldorf ist der Konservator der Sammlungen an der Königl. Kunstakademie Prof. Dr. Hermann Board im 51. Lebensjahre gestorben. Früher Architekt, war er neben seinem Amte als Kunstschriftsteller erfolgreich tätig.

Der vierte Islam-Vortrag von Prof. Dr. Martin Hartmann findet am Mittwoch, 27. Februar, abends 8 Uhr im Klub der Landwirte, Dessauer Str. 14, statt.

Geh. Medizinalrat Prof. Dr. Julius Schreiber, Direktor der Medizinischen Universitätspoliklinik in Königsberg, feiert am 28. Februar seinen 70. Geburtstag. Schreibers Tätigkeit ist ganz der Königsberger Universität gewidmet, wo er als Naunyns Assistent seine wissenschaftliche Laufbahn begonnen hat und seit 1886 die Leitung der Universitätspoliklinik selbständig leitet. Zunächst wandte sich Schreiber unter Naunyns Einfluß arbeitete er über den Hirndruck. Später ging Schreiber eigene Gehirns auf die Körpertemperatur zu. Zusammen mit Naunyns arbeitete er über den Hirndruck. Später ging Schreiber eigene Wege. Namentlich sind es die Erkrankungen der Speiseröhre und der Schluckmechanismus, die er bearbeitete. Ohne Frucht seiner Studien ist die Konstruktion eines der ersten Oesophagoskope und die Sonde zur Erweiterung der verengten Speiseröhre. Auch die Besichtigung des unteren Darmabschnitts hat Schreiber durch Erfindung der Rektoromanoskopie gefördert. Wichtig und für die damalige Zeit ausschlaggebend waren Schreibers Arbeiten über die Sekretionsanomalien des Magens. Als vorzüglicher Lehrer von seinen Schülern verehrt, als Arzt weit über die Grenzen Deutschlands, besonders in Rußland geschätzt, ist Schreiber während des jetzigen Weltkrieges als fachärztlicher Beirat des ersten Armeekorps tätig und erhielt das Eiserne Kreuz.

Mitteldeutsche Creditbank
gegr. 1856
★
Frankfurt a. M. * Berlin

Baden-Baden * Cöln * Essen * Fürth * Gießen * Hanau
Hannover * Hildesheim * Karlsruhe * Königsberg
* Mainz * München * Nürnberg * Wiesbaden *

Alsfeld * Berlin-Friedenau * Berlin-Pankow * Berlin-Wilmersdorf * Büdingen * Butzbach * Charlottenburg
Friedberg * Friedrichshagen * Höchst a. M. * Lauterbach
* Marburg * Offenbach a. M. * Uelzen * Wetzlar *

Depositenkassen in Groß-Berlin
Burgstraße 24 (Haupt-Depositen-Kasse) * Behrenstraße 4 * Belle-Alliance-Platz 17 * Chausseestraße 3 * Potsdamer Straße 116 * Tauentzienstraße 12 * Ritterstraße 36 * Alt-Moabit 10b * Königstraße 51 * Köpenicker Straße 126 * Müller Straße 181 * Münzstraße 5 * Jerusalemer Straße 23 * Charlottenburg, Berliner Straße 54
Friedenau, Rheinstraße 4 * Friedrichshagen, Friedrichstraße 66
Pankow, Breitestraße 8-9 * Wilmersdorf, Motzstraße 44 (Prager Platz)
✱

Volks- Not! ton-lieder! Billige
Hellmund, Träume d. Jugd. 0,50
Kämper, Heckenrosenlied 0,50
Hanisch, Gold und Silber 0,50
Katalog Noten-Nietzschmann.
Berlin W 30, Martin-Lutherstr. 8

Bei Kauf eines Flügels oder Pianos nehme Instrumente ohne Unterschied des Fabrikates zu hohen Preisen gern in Zahlung. Man verlange unverbindliche Taxe.
Wilhelm Spaethe,
Potsd. Str. 136-137. Am Potsd. Pl

Antike Möbel,
Originale u. Kopien.
Max Lewy, SW., Dessauer Str. 12

Antike Möbel, Beleuchtungen, Gemälde. Münchener Str. 26, parterre links. Kurfürst 3965

Großes Lager preiswerter
Schlafzimmer
Levins Wwe. & Co.,
Kommandantenstr. 63—64,
gegr. 1826.

Tuchlager
J. W. Becker, Seydelstr. 32
(Spittelmarkt)
Großes Lager in Anzug-, Kostüm- u. Mantelstoffen, Seide, Samt, Plüsch, Schleierstoffen Futtersachen

Im Auftrage habe mehrere
Perser Teppiche
große Exemplare u. einige Perser Brücken u. Läufer, Tisch- u. Divandecke, Kelims u. m. entz. Seid.-Tepp. z. verk.
H. Lipke, Koch-Str. Nr. 8
Wochent. 11-6. Sonnt. 12-2 Uhr

Umbauten
übernimmt erstklassiges Baugeschäft.
Material genügend vorhanden.
Für Nachweis hohe Provision. Offerten unter Pb. 3911 Ullstein-Filiale Potsdamer Str. 23a.

Vornehme
Leder-Möbel
Nur erstklassiges, eigenes Fabrikat
Deutsche Ledermöbelfabrik
W 50, Kurfürstendamm 244,
gegenüber dem Haupteingang des Zoolog. Gartens

Dr. Möller's Sanatorium Dresden-Loschwitz — Diätet. Kuren — Herrliche Lage. Wirks. Heilverf. f. chron. Krankh.
Zweiganst. tägl. 6 M. — Prosp. u. Brosch. fr.

Damen-Stroh-Hüte
neueste Formen, in prima Geflechten, im Einzelverkauf zu Engrospreisen.
Horowitz, Zimmerstr. 60 I. gegenüber d. Lokal-Anzeiger.

Juwelen
Brillanten, Perlen
kauft zu hohen Preisen
BALISCHANSKY
Friedrichstr. 155, gegenüber dem Victoria-Café.

Zahngebisse
Zahle für Platin Gr. Mk. 7,60, für Zähne bis Mk. 2.—
Frau Wagner, Berlin.
Kaiserstr. 18, a. Alexanderpl.

! Klavier !
Perserteppe, Wohnungs-Einr. ges. Kurfürst. Potsd. Str. 81a. Lz. 8 26.

Suche aus Privathand einige
Perser Teppiche
bei Angabe Größe und Preis.
Schwalbe, Charlottenburg
Niebuhrstraße 5.

Perser-Teppiche kaufe noch zum höchsten Preis. Offerten mit Preisangabe Rollendorf 797.

Baracken 10 × 30 m, 10 × 15 m, 5 × 15 m
sofort lieferbar
Richard Mittag,
Barackenwerk
Spremberg, N.-L.

Seltene Gelegenheit
zur Kapitalsanlage. Noch aus erster Hand wegen Auseinandersetzung ca 36 Morgen (ca. 6500 □Ruten) schöner alter Wald zwischen Nikolassee und Wannsee sehr billig für 60 Mark pro □Rute zu verkaufen. Der schönen Lage wegen auch sehr geeignet für herrschaftlichen Landsitz oder Sanatorium
Lehloit & Oehlrich, G. m. b. H., Berlin W 9, Linkstrasse 26, I.
Telephonische Auskunft wird nicht erteilt.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung.

№ 105 Dienstag (Abend) Verantwortl. Redakteur: Georg Münch in Berlin. 26. Februar 1918

Mitteldeutsche Creditbank.

Neuerliche Steigerung der Dividende, um ½ pCt., auf 7 pCt.

Die Mitteldeutsche Creditbank, die vor Jahresfrist durch Steigerung der Dividende um 1 pCt. auf 6½ pCt. den Satz des letzten Friedensjahres wiederherstellte, geht diesmal noch um ½ pCt. über die Dividende von 1913 hinaus. Sie verteilt 7 pCt., gegen 5½ pCt. im Vorjahre, je 5½ pCt. in den Jahren 1914 und 1915 und 6½ pCt. im Jahre 1916. Ihr Abschluß für das erste Kriegsjahr hatte den veränderten Verhältnissen dahin Rechnung getragen, daß die Bank keine Effektengewinne auswies und auf Debitoren eine ansehnliche Abschreibung vornahm; die Dividende wurde um 1 pCt. ermäßigt und dadurch eine Summe von 600 000 M. gespart. Im Jahre 1915 wurden Verluste aus Debitoren vorweg beglichen; offene Abschreibungen darauf unterblieben; die Kontokorrentreserve wurde zu ihrer Abrundung dotiert. Schon im Abschluß für 1916 erwiesen sich derartige Abbuchungen oder Rückstellungen nicht mehr als nötig. Vielmehr ließen sich die erhöhten Einnahmen aus dem laufenden Geschäft zur Aufbesserung der Dividende verwenden. Für 1917 sind ebenfalls keine Abbuchungen vorzunehmen. Der weiter aus dem laufenden Geschäft gesteigerte Reingewinn läßt sich zu einer neuen Heraufsetzung der Dividende um ½ pCt. verwenden, die damit 7 pCt. erreicht, d. h. ein Satz, den die Bank in der neueren Zeit überhaupt nicht verteilt hat. Das letztemal war für das Jahr 1889 eine Dividende in Höhe von 7 pCt. ausgeschüttet worden.

Das Gewinn- und Verlustkonto für 1917 zeigt, im Vergleich mit den drei Vorjahren, das folgende Bild:

Einnahmen	1917 M.	1916 M.	1915 M.	1914 M.
Vortrag	108 961	100 855	98 989	88 221
Zinsen und Wechsel	7 172 440	6 019 652	4 865 568	5 090 535
Provisionen	3 598 425	3 115 314	3 036 367	3 375 576
Effekt. u. Konsortien	—	—	—	—
Dauernde Beteiligungen	251 786	253 058	188 552	137 950
Verschiedenes	282 276	242 822	214 098	164 745
Bruttogewinn	11 343 838	9 736 701	8 397 524	8 656 827
Ausgaben				
Gehälter	3 622 514	2 931 051	2 663 662	3 363 596
Tantiemen für Beamte	1 135 470	745 418	637 745	658 972
Kriegsfürsorge	706 028	573 336	506 440	—[1])
Steuern	578 714	582 731	528 910	435 022
Pensionsfonds	118 609	108 819	104 062	112 710
Abschreibungen:				
Bankgebäude	106 403	57 851	49 958	58 577
Mobiliar	124 780	118 874	—[2])	—[2])
Debitoren	—	—	—	205 566
Reingewinn	4 956 870	4 619 120	3 904 749	3 950 061
Dividende	7 %	6½ %	5½ %	5½ %
Dividende in Mark	4 200 000	3 900 000	3 300 000	3 300 000
Mobiliar-Abschreibung	—[3])	—[3])	50 418	124 821
Kontokorrentreserve	—	—	98 271	—
Talonsteuer	—	—	—	60 000
Tantieme an Aufsichtsrat und Vorstand	841 464	615 158	560 210	566 302
Vortrag	114 906	103 961	100 855	98 989

[1]) Im Posten „Gehälter" enthalten. [2]) Erst vom Reingewinn gekürzt. [3]) Vorweg vom Rohgewinn bestritten.

Die Bilanz vom 31. Dezember 1917 stellt sich, gleichfalls verglichen mit den drei Vorjahren, wie folgt dar:

in 1000 M. Aktiva	1917	1916	1915	1914
Kasse, Guthaben bei Noten- und Abrechnungsbanken	31 588	19 620	22 269	24 560
Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen	148 927	76 301	42 468	47 882
Nostroguthaben	98 749	89 539	16 820	11 451
Reports u. Effektenlombard	55 850	43 176	6 839	16 437
Warenvorschüsse	87	1 146	8 203	4 168
Wertpapiere	9 901	14 769	14 698	14 836
Konsortialbeteiligungen	6 379	6 931	7 969	7 685
Dauernde Beteiligungen	1 778	2 869	2 868	1 869
Debitoren	180 952	158 143	197 690	159 592
Davon ungedeckt	(56 136)	(36 025)	(37 623)	(33 247)
Außerd. Avaldebitoren usw.	(32 115)	(17 775)	(15 840)	(10 895)
Uebergangsposten der Niederlassungen	—	—	—	299
Bankgebäude	10 100	8 500	8 225	8 016
Sonstige Immobilien	1 049	575	575	575
Mobiliar	—	—	50	124

in 1000 M. Passiva	1917	1916	1915	1914
Aktienkapital	60 000	60 000	60 000	60 000
Reserven	9 250	9 250	9 157	9 157
Kreditoren	448 945	269 400	208 113	160 681
Davon provisionsfrei	(278 810)	(182 926)	(132 531)	(94 792)
Akzepte	16 085	22 868	41 868	73 148
Avalverpflichtungen	(32 115)	(17 775)	(15 840)	(10 895)
Uebergangsposten der Niederlassungen	998	1 159	129	—
Unerhobene Dividenden	41	29	19	9
Reingewinn	4 852	4 519	3 808	3 862
Vortrag aus Vorjahr	104	101	90	88

Das Geschäft der Bank hat im Jahre 1917 ganz außerordentlich an Umfang gewonnen. Sie erzielte einen Gesamtumsatz von 20 Milliarden Mark gegen 18¾ Milliarden im Vorjahre, 11,91 Milliarden im Jahre 1915, 12,62 Milliarden im Jahre 1914 und 12,4 Milliarden im Jahre 1913. Den Effekt dieser erfreulichen Entwicklung sehen wir in einer neuen ansehnlichen Zunahme der Gewinne aus Wechseln und Zinsen sowie der Provisionen hervortreten. Ihr ist eine Erhöhung des Gesamtbruttogewinns um 1 612 187 M. zu danken. Auf Effekten und Konsortialbeteiligungen wird auch diesmal kein Gewinn ausgewiesen; es ist aber als selbstverständlich anzunehmen, daß ein solcher vorhanden ist, er wird indes zur Stärkung der unsichtbaren Reserven benutzt.

Den erhöhten Gewinnen steht auch bei der Mitteldeutschen Creditbank eine beträchtliche Zunahme der Unkosten gegenüber, und zwar sowohl für Gehälter wie für Tantiemen an Beamte und Kriegsfürsorge.

Immerhin verbleibt noch ein um 337 750 M. höherer Reingewinn als vor Jahresfrist, der fast voll zur Erhöhung der Dividende um ½ pCt. auf 60 Millionen M. Aktienkapital benutzt wird.

Die Bilanz zeigt eine ganz außerordentliche Vermehrung der fremden Gelder. Insgesamt stiegen die Kreditoren im Jahre 1917 um 179¾ Millionen M., d. h. um einen Betrag, der ihre Gesamthöhe von Ende 1914 überragt! Auf die eigentlichen Depositen entfallen von dieser Zunahme rund

Die Anlage dieser neu zugeflossenen fremden Gelder wurde mit größter Umsicht vollzogen: An barer Kasse waren Ende 1917 rund 12 Millionen M. mehr, an Wechseln und unverzinslichen Schatzanweisungen 72 Millionen M. mehr, an eigenen Guthaben bei Banken und Bankfirmen 54 Millionen M. mehr, an Effektenreports und -Lombard 12 Millionen M. mehr als vor einem Jahre vorhanden. Das sind zusammen 150 Millionen gegenüber jenem Plus von 179 Millionen M. an Kreditoren.

Die Liquidität hat sich demgemäß erneut kräftig gehoben. Die Summe von Kasse, Bankguthaben, Wechseln, Reports, Effektenlombard und Warenvorschüssen macht für Ende 1917 71 pCt. der Summe von Kreditoren und Akzepten aus, im Vergleich mit 61,6 pCt. vor einem Jahre und 36,1 pCt. vor zwei Jahren. Die Liquidität hat sich also in den letzten beiden Jahren fast genau verdoppelt.

Gleichzeitig haben sich die Bestände an eigenen Wertpapieren von 14,79 auf 9,9 Millionen M. verringert, die Konsortialbeteiligungen um 550 000 M. Bei diesen Verschiebungen ist der oben erwähnten Zurückbehaltung von Effektengewinnen zu gedenken. Diese Gewinne sind im Hinblick auf die ziemlich umfangreiche Liste der neuen Geschäfte, an denen sich die Bank im Jahre 1917 beteiligte, gewiß nicht niedrig zu veranschlagen. Abgewickelt wurden im Berichtsjahre die nachstehend aufgeführten Emissionsgeschäfte: Neue Aktien der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke Aktiengesellschaft von 1916, neue Aktien der Gothaer Waggon-Fabrik von 1916, neue Aktien der Deutschen Bank, neue Stamm- und Vorzugsaktien der Ilse Bergbau-Aktiengesellschaft, neue Aktien der „Eintracht", Braunkohlenwerke und Brikettfabriken Aktiengesellschaft in Neu-Welzow N.-L. Die Bank wirkte bei der Einführung von 1 000 000 M. neuen Aktien der Chemischen Fabrik vorm. Goldenberg, Geromont & Co. in Winkel an den Börsen von Frankfurt a. M. und Mannheim mit. Bei der Zeichnung auf die 6. und 7. Kriegsanleihe war sie wieder mit Erfolge tätig. Die Gesamtsumme der von ihr auf die sieben Kriegsanleihen hereingebrachten Zeichnungen beläuft sich auf 662 Millionen Mark.

Die Bankleitung wie die Aktionäre können also mit der Tätigkeit und den Ergebnissen ihres Instituts im Jahre 1917 zufrieden sein. Der flotte Aufschwung des laufenden Geschäfts der Bank eröffnet auch für das neue Jahr gute Aussichten. Mch.

Der Zentralausschuß der Reichsbank ist zu der üblichen Monatssitzung auf morgen vormittag einberufen worden.

A.-G. Deutsche Kaliwerke in Bernterode. In der heute hier abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung, die, wie bekannt, über den Erwerb einer Anzahl von Kaliwerken und eines Braunkohlenwerkes sowie über eine damit zusammenhängende Kapitalerhöhung zu beschließen hatte, nahm Generaldirektor Kain Veranlassung, sich über die Lage der Kali-Industrie, die Kursentwicklung der Kaliwerte und die Zusammenschlußbestrebungen innerhalb der Kali-Industrie ausführlich zu äußern. Nach diesen allgemeinen Darlegungen ging der Redner zur Begründung des Kapitalserhöhungsantrages über, der eine Erhöhung des Aktienkapitals um 10,35 Mill. auf 40,35 Mill. M. vorsieht. Die Versammlung, in der ein Kapital von 10 081 000 M. vertreten war, genehmigte einstimmig die vorgeschlagene Kapitalserhöhung und die damit zusammenhängende Abänderung des Statuts. Die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar 1918 ab an der Dividende teil. In den Aufsichtsrat wurde Oberforstmeister Hans Evers (Herzoglich Arenbergschen Verwaltung) neu gewählt.

Deutscher Verein für Ton-, Cement- und Kalkindustrie E. V. In der gestrigen G.-V. des Vereins wurden die Hauptfragen, die gegenwärtig diese Industrie beschäftigen, nämlich das Zwangssyndikat und die Selbsthilfe, einer eingehenden Aussprache unterzogen. Der Verein und insbesondere sein Vorstand sprach sich ganz entschieden gegen eine Zwangssyndizierung aus. Dagegen wurde gefordert, daß die Industrie durch Selbsthilfe und durch Fürsorge des Staates eine Gesundung der Verhältnisse herbeiführen solle. Zu den Maßnahmen ersterer Art, Selbsthilfe der Industrie, gehöre vor allem, daß die Industrie den Willen bekundet und Mittel findet, durch welche die Preisschleuderei verhindert wird. Unter Hinweis auf den Uebelstand, daß geringwertige Ziegel in großen Massen auf den Markt gebracht werden, welche die Preise der besseren Erzeugnisse drücken, wurde die Einführung von Normen gefordert, welche die Güte der Ziegel gewährleisten. Um der Ziegelindustrie zu helfen, müsse der Staat 1. durch Verbot von Neugründungen auf mehrere Jahre hinaus die Ueberproduktion verhindern, 2. durch Verbilligung der Frachtsätze den Bezug von Kohlen verbilligen, 3. durch die Einführung von Zöllen die Einfuhr von Ziegeln aus dem Auslande zu unterbinden, und 4. durch Bereitstellung von niedrig verzinslichen Baugeldern und durch Erleichterungen auf dem Hypothekenmarkt die Bautätigkeit fördern.

Norddeutsche Cellulosefabrik A.-G. Königsberg i. Pr. Laut Geschäftsbericht für 1917 erzielte die Gesellschaft einen Fabrikationsgewinn von 4,81 Mill. M. (i. V. 4,46) einschließlich 255 135 Mark (—) Vortrag. Nach Abzug aller Unkosten und nach Abschreibungen von 948 617 M. (1,12 Mill.) verbleibt ein Reingewinn von 1,26 Mill. M. (1,03), aus dem, wie wir bereits mitgeteilt haben, eine Dividende von 15 pCt. (12 bzw. 0 und 6 pCt. in den 3 vorangegangenen Jahren) sowie ein Bonus von 10 pCt. zur Verteilung kommen soll. Der Unterstützungsvorsorge werden 150 000 M. (100 000), der Rücklage 500 000 M. (—) zugewiesen. Der Neuvortrag beziffert sich auf 318 116 M. (255 135) bei 4 Mill. M. Aktienkapital. Die den behördlichen Wünschen gemäß errichtete Sulfitspritfabrik kam im April 1917 in Gang, doch brachte dieser Betrieb bisher noch keinen Nutzen. In der Bilanz erscheinen Bestände mit 3,16 Mill. M. (4,26), Wertpapiere mit 2,0 Mill. M. (492 064), Außenstände mit 1,07 Mill. M. (1,24), Bankguthaben mit 1,51 Mill. M., Kreditoren haben 3,07 Mill. M. (2,6) zu fordern.

Außenhandel Spaniens. Im Jahre 1917 betrugen die spanische Einfuhr 1828 Mill. Pesetas, worunter sich 593 Mill. Pesetas Gold befanden, gegen 1280 Mill. Pesetas mit 268 Mill. Pesetas Gold im Vorjahre. Die Ausfuhr stellte sich auf 1306 Mill. Pesetas (i. V. 1077).

Berliner Warenverkehr.

Aus den Provinzen hört man über stärkere Ablieferungen von Getreide während des jetzt zu Ende gehenden Monats, was hauptsächlich mit der ab 1. März drohenden Ermäßigung der in zahlenden Preise zusammenhängen dürfte. Andererseits wird von Sachkundigen behauptet, daß die Landwirte vielfach nicht in der Lage sein dürften, bis übermorgen alles Getreide, das sie noch unausgedroschen besitzen, abzuliefern, und daß überall, wo nicht böser Wille die Lieferung verzögert hat, wohl noch der Höchstpreis weiter gezahlt wird. Ob diese Annahme zutrifft, bleibt abzuwarten, als Regel ist sie jedenfalls nicht aufzufassen. Vom Stroh sind die Ablieferungen für die Heeresverwaltungen im Inlande teilweise recht stark geworden, und da jetzt auch Waggons leichter zu haben sind, vollzieht sich der Transport schneller. Für den Privathandel ist weder Stroh noch Heu zu haben. Im Geschäft mit Heidekraut ist die Verwendung der Zufuhren schlecht. Auch Schilfrohr wird zur Verhäckselung wegen des Strohmangels hier viel gefragt. Die Situation von Saatgetreide hat sich nicht geändert.

Im heutigen Produktenverkehr wurden folgende Preise (nichtamtliche Angaben) bekannt: Saatgetreide: Hafer, Sommergerste, Sommerroggen 400 M., Sommerweizen 390—400 M. anerkanntes Saatgut aus anerkannten Saatgutwirtschaften je nach Absaat 410—450 M. per 1000 kg ab Station. Heu, Erzeugerhöchstpreis 8 M., plus eventueller Vergütung von 6 M., zusammen 14 M. Stroh, Erzeugerhöchstpreis, Maschinendruschstroh 4 M., plus eventueller Vergütung von 2 M., zusammen 6 M. Heidekraut 3,50—4,20 M. Schilfrohr 4,50—5,50 M., alles Rauhfutter im Großhandel für 50 kg ab Station.

Berliner Börse.

Die Ausführungen des Reichskanzlers und des Vizekanzlers in der gestrigen Reichstagssitzung wurden an der heutigen Börse viel erörtert und in günstigem Sinne beurteilt. Der jetzt in nahe Zukunft gerückte Friedensschluß mit Rußland wirkte ebenfalls in gutem Sinne auf die Tendenz der Börse ein. Die Haltung war für Friedenswerte recht fest, auf den übrigen Märkten jedoch nicht ganz einheitlich. Im Mittelpunkt des Interesses standen heute russische Werte, von denen Bankaktien anfangs prozentweise höher wurden. Auch russische Eisenbahn-Prioritäten und Anleihen wurden bei lebhaften Umsätzen höher.

Am Montanaktienmarkt waren Oberbedarf bevorzugt und stellten sich wesentlich höher. Auch Phönix, Bochumer, Gelsenkirchen, Bismarckhütte, Mannesmannröhren, Rombacher und Rhein. Stahl konnten Kursfortschritte erzielen. Etwas schwächer lagen dagegen Caro.

Für Schiffahrtsaktien herrschte sehr feste Haltung; unter Führung von Deutsch-Australischen Dampfer-Aktien, die einige Prozent höher wurden, konnten auch Hamburger Packetfahrt, Hamburg-Südamerikanische Dampfer, Hansa und Lloyd Kursfortschritte erzielen.

Der Rüstungsaktienmarkt lag vernachlässigt. Lediglich für Orenstein & Koppel erhielt sich zu höheren Preisen weiterhin Interesse. Dagegen lagen Daimler und Benz schwach.

Unter den Elektropapieren waren Bergmann gebessert, AEG. und Felten & Guilleaume behauptet, Siemens & Halske niedriger.

Am Markte der chemischen Werte konnten die Aktien der A.-G. für Anilinfabrikation eine weitere kleine Kursbesserung erzielen. Auch Höchster Farbwerke lagen fest.

Unter den Kalipapieren sind Heldburg als höher, Deutsche Kali als niedriger zu nennen.

Bei den von Wien abhängigen Werten machte sich lediglich für Oesterreichische Credit etwas Interesse geltend. Türkische Tabak-Aktien wurden unter mehrfachen Schwankungen niedriger.

Ausgesprochen schwache Tendenz herrschte am Petroleumaktienmarkt, wo fast sämtliche Werte, namentlich Steaua Romana, aber auch Deutsche Erdöl und Deutsche Petroleum nur zu niedrigeren Kursen Käufer fanden.

Am Industriemarkt mit Einheitskursen überwog wieder feste Haltung, doch fehlte es nicht an Kursabstrichen. Gefragt und höher waren Lauchhammer, auf die in Aussicht stehende Kapitalserhöhung, von Maschinenfabriken namentlich diejenigen landwirtschaftlichen Fabrikate, wie Eckert und Flöther, ferner hoben sich ansehnlich Deutsch Babock Dampfkesselwerke, Keyling & Thomas, während Schwartzkopff und Kapler niedriger wurden. Neue Kursfortschritte erzielten von chemischen Werten Goldschmidt. Von anderen Spezialpapieren hoben sich Bayrische Celluloid, Schönwald Porzellan, Bremer Gas, Bendix, Wittener Glas und Hagelberg. Kaufinteresse bestand wiederum für eine Anzahl von Terrain- und Bauwerten, in erster Linie für Berlin-Südwest. Neue Boden, Heilmann Immobilien, Hochbahnhof Schönhauser Allee Aktien, auch Passage wurden höher bezahlt. Dagegen lagen Hotelbetrieb schwächer. Gegen Schluß hin schwächte sich die Haltung ziemlich allgemein ab, ausgehend von der weiteren Verkaufsneigung für Petroleumwerte.

Tägliches Geld 4½ pCt., Privatdiskont 4⅝ pCt. und darunter.

Am Rentenmarkt ging es sehr still zu. Lediglich russische Renten und Obligationen stellten sich höher. Russen kaum verändert.

Amtliche Devisenkurse (alles telegraphische Auszahlung).

	25. Febr. Geld	25. Febr. Brief		25. Febr. Geld	25. Febr. Brief	26. Febr. Geld	26. Febr. Brief
			Schweiz	112¼	112¾	112¼	112¾
			Wien, Pest	66 55	66,65	66,55	66 65
Holland	215¼	216	Bulgarien	79¼	79¾	79¼	80
Dänemark	152½	153	Konstantinop.	18,85	18,95	18,85	18,95
Schweden	163¼	163¾	Madrid	115¼	116¼	115¼	116¼
Norwegen	159¼	159¾	Barcelona				

Dividenden-Erklärungen und -Schätzungen.

Aplerbecker Actien-Verein für Bergbau, Zeche Ver. Margarete. Vorschlag 12 pCt. (10, 6, 8, 10 in den Jahren 1916—1913). Ueberschuß 672 200 M. (282 263).

Kaliwerke Benthe A.-G. Vorschlag: 6 pCt. (6. V. 4).

Trafikaktiebolaget Grängesberg Oxelösund in Stockholm. Vorschlag wieder 16 pCt. Der Reingewinn beträgt 15,9 Mill. (i. V. 15,6 Mill.) Kr.

Am Ostersonnabend (30. März) bleibt die Berliner Börse geschlossen. Die per Ultimo März genommenen Gelder sind am 28. März mit Zinsen bis zu diesem Tage zurückzuzahlen.

Varziner Papierfabrik. In der Anfechtungsklage der Minderheitsgruppe von Aktionären (Justizrat Elsbach und Genossen) ist nunmehr auch in zweiter Instanz eine abweisende Entscheidung erfolgt. Die Klage richtete sich gegen die Beschlüsse der letzten G.-V. betreffs der Bilanz und speziell der Gewinnverwendung.

New York, 25. Februar. (Eigene Kabelmeldung.)

	25. 2.	23. 2.		25. 2.	23. 2.
Tendenz für Geld	fest	hom.	Norfolk & Western	103⅝	104¼
Geld a. 24 St. Durchsch.	3½	nom.	Northern Pacific	84½	85¼
Geld a. 24 St. letzt. Darl.	3	nom.	Pennsylvania	44⅞	45
Wechs. a. Paris (Sicht)	5,7250	5,7250	Reading	75½	76¾
Wechs. a. Lond. (60 T.)	4,7250	4,7250	Chicago Rock Island	20½	20¾
Cable Transfers	4,7645	4,7645	Southern Pacific	85¾	86¼
Silber Bullion	85⅝	86⅝	Southern Railway	23⅝	23¾
North. Pac. 3% Bonds	—	—	Southern Railway prf.	58	58
S. Frnc. Mrt. 4% Ser. A	—	—	Union Pacific	12 5/8	122
do. 6% Inc. Serie A	—	—	do. do. pref.	—	71
do. Adjustment Bonds	—	—	Wabash pref.	42	43¼
Sth. Pac. cv. 4% Bonds	—	—	Western Maryland	—	—
Atchison Topeka	86	84¾	American Can	40	40¼
Baltimore & Ohio	52¼	52⅞	American Car & Foun.	72¾	73¼
Canadian Pacific	145⅝	147	American Locomotive	—	—
Chesapeake & Ohio	54¼	54½	American Smelt. Ref.	82⅞	83¼
Chicago Milwaukee	39⅝	42	American Sugar Ref.	—	—
Denver & Rio Grande	5	6¼	Anaconda Copper M.	63⅞	63¼
Erie common	15	15⅝	Bethlehem Steel	80½	79¾
Erie first pref.	25¼	25¾	Central Leather	—	79
Great Northern pref.	30	30½	Consolidated Gas	—	90
Great North. Ore Cert.	—	28½	General Electric	—	140¾
Illinois Central	94¾	94¾	Internat. Harvester	—	—
Interbor. Consolid.	7⅝	8	Intern. Merc. Mar. Co.	23½	23¾
Lehigh Valley	—	57	do. do. do. pref.	97¾	98¼
Louisville & Nashville	112¾	112¾	National Lead	—	82¼
Missouri Kans. & Texas	4½	4¾	Republ. Iron & Steel	—	—
Missouri Pac. neue Akt.	22½	22½	Unit. Stat. Steel Corp.	95½	95¾
N. R. Mexico 2. pf.	5—7	5—7	do. do. do. pref.	110	110¼
New York Central	71¼	71¾	Utah Copper	—	82¼
New York Ontario	20¼	19⅞	Virginia Carol. Chem.	—	—

Chicago, 25. Februar. (Eigene Kabelmeldung.)

	25. 2.	23. 2.		25. 2.	23. 2.
Weiz. rot. Wint. loco	—	—	Schmalz per Febr.	26 50	26,62½
do. Hd. Wint. 2 loco	—	—	do. per Mai	26,02½	26,47½
Mais Tendenz:	—	—	Schweinefl. per Mai	48,55	50,55*)
do. per März	128	—	Rippen per Mai	25,27½	25,70
do. per Mai	127½	—	Speck, kurze dicke St.	24,75	24,75
Hafer per März	—	—	Schweineznf. i. West.	48,00	48,00
do. per Mai	88	88	do. in Chicago	54,00	54,00

*) Von der Chicagoer Börse als Höchstpreise festgesetzt.